

Pax Christi Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“

Rundbrief 5 (12/2002)

Inhalt

„Fundament aus Malachit und Grundmauern aus Saphir“.....	2
Arbeitsbericht der Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“.....	7
Pax Christi Internationalis: Northern Consultation 2002	10
Mehr Kirchen-Engagement bei Konfliktlösung in Afrika.....	12
AFRICA: Commission stresses need to strengthen human rights	13
Plus de 3.000 soldats de l'Onu en renfort dans la RD Congo	14
Die Plünderung der Naturressourcen der DRKongo und die kongolesischen Helfershelfer....	15
DRC: Kinshasa to open inquiry into UN report on resource pillage	19
UNO-Vorhang frei für Kongos Opposition.....	19
Bericht: BAYER-Tochterfirma H.C. STARCK sagt die Unwahrheit.....	21
Coltan: Spiegel-Leserbrief von Volker Riehl (ÖNZ)	23
L'Allemand Karl-Heinz Albers veut produire à Kigali des ferro-alliages à partir du niobium congolais illégalement exploité à l'est du Congo.....	24
Belgische Verhaftungen von Coltan- und Goldhändlern decken Rohstoffgeschäfte von Kongos Rebellen auf	27
Belgian minister criticises exploitation report.....	28
Völkerrechtliche Einschätzung: Bemerkungen zu den Zeitungsartikeln der TAZ und IRIN News.....	29
Geschäft ohne Gesetz	31
NGOs cautiously welcome the launch of Kimberley Process.....	34
Diamond sales controls agreed.....	34
Fatal Transactions Campaign: 'Conflict' diamonds spur code of practice	35
DRC: Kinshasa bids farewell to allied forces.....	36
L'archevêque de Kisangani monte au créneau	37
Press statement by Security Council president on Democratic Republic of Congo	38
Welche Zukunft hat die Entwicklungshilfe in Afrika?.....	39
Africa: More governments joining Mine Ban Treaty	46
The Congo, a test of Canada's African involvement.....	48
The expansion of MONUC must be used to protect human rights where they are most seriously at risk.....	50
Tuerie et violences continuent à Bukavu.....	51
Friedensabkommen in Burundi: Licht am Tunnelende?.....	53
UN: Evaluating International Tribunals	54
Der Tanz und die Tänzer – ein Einblick in Rwanda 2002.....	56

Impressum

V.i.S.d.P.: Dr. Heinz Werner Wessler
Pax Christi Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“
(Postfach 1345, D-61103 Bad Vilbel)
Weitere Mitglieder der Kommission sind Cikara Mukengere, Jimmy Kenga, Joel Nsengiya-remye (Sprecher), Heinz Rothenpieler, Andreas Schillo

„Fundament aus Malachit und Grundmauern aus Saphir“

Heinz Werner Weißler

„Du Ärmste, vom Sturm Gepeitschte, die ohne Trost ist, sieh her: ich selbst lege dir ein Fundament aus Malachit und Grundmauern aus Saphir. Aus Rubinen mache ich deine Zinnen, aus Beryll deine Tore und alle deine Mauern aus kostbaren Steinen. Alle deine Söhne werden Jünger des Herrn sein, und groß ist der Friede deiner Söhne. Du wirst auf Gerechtigkeit gegründet sein. Du bist fern von Bedrängnis, denn du brauchst dich nicht mehr zu fürchten, und bist fern von Schrecken; er kommt an dich nicht heran.“ (Jesaja 54, 11-14).

Nimmt man unsere globale Realität in den Blick, steht die Unschuld dieser wenig beachteten prophetischen Vision des neuen Jerusalem in Frage: Wo wird das Malachit für das neue Jerusalem denn herkommen, die Rubine, das Beryll? Wie leben die Arbeiter, die die Steine aus dem Boden holen? Werden mit den Gewinnen aus dem Rohstoffhandel keine kriegerischen Konflikte entzündet oder befeuert? In unseren Gefilden stehen Bodenschätze der ganzen Welt zur Verfügung, im Süden werden sie zum Teil unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen abgebaut, löst die Begehrlichkeit auf wertvolle Mineralien jahre- und jahrzehntelange Kriege und Chaos aus.

„Du wirst auf Gerechtigkeit gegründet sein.“ Reichtum verpflichtet: Nicht nur zum verdienstvollen Abgeben milder Gaben. Es verpflichtet vor allem zur Einsicht in schuldhaftige Verstrickung. Trotz weltweiter Wirtschaftsflaute – von Hungeraufständen in Industrieländern hat man zum Glück noch nichts gehört – wächst in den Industrieländern der Reichtum an vergänglichen Gütern weiter. Die wenigsten Länder des Südens ziehen nach. Bei den Rohstoffen kommen wir immer weiter weg von dem neudeutschen Ideal der „win-win“-Situation.

In einer mehr und mehr degenerierten Weltwirtschaft bleibt der Reichtum beim Verbrauch von Rohstoffen hängen, während sich gleichzeitig bei der Förderung derselben Rohstoffe Armut, Unterentwicklung und Krieg als dauerhafte Übel festsetzen. Dass es es hier um eine eklatante Form von Unrecht handelt, werden nur Zyniker verleugnen. „Das Recht muss sein gang haben, und solt die Welt drüber zu grund gehen.“ (Ferdinand I von Habsburg zugeschrieben).

Es ist schon merkwürdig, wenn mit Rohstoffen und menschlichen Ressourcen gesegnete Länder in einer abgründigen Spirale von Armut, Korruption und Staatszerfall versinken. Wenn der Reichtum zum Fluch wird: *„Du Ärmste, vom Sturm Gepeitschte, die ohne Trost ist“* - Es geht – wie bisher immer bei den Rundbriefen der Kommission Solidarität mit Zentralafrika der deutschen Sektion von pax christi – vor allem um die DR Kongo.

Eines hat die derzeitige chaotische Situation in der DR Kongo mit der Kolonialzeit gemein: Die Rohstoffe fließen zusammen mit einem erheblichen Teil der Gewinne in den Norden der Welt. Trotz Krieg wird durchaus abgesahnt: Das Know-how des Geschäftemachens in Zentralafrika liegt in der Hand einer kleinen Clique von Fachleuten, die wissen, wie man sich gute Kontakten zu den Machthabern aufbaut, Konzessionen zu Dumpingpreisen erwirbt und mit minimalen betrieblichen Investitionen

ein Maximum an Profit herausschlägt. Ein total heruntergewirtschaftetes Staatswesen mit seinem permanenten akuten Bargeldbedarf ist dafür genau das richtige Milieu.

„... die ohne Trost ist“: In der „Zeit“ Nr.50 vom 5.12.2002 stellt Thomas Assheuer in seinem Grundsatzartikel „Wer hat Angst vor der Utopie?“ die entscheidenden Fragen, die uns bei pax christi gegenwärtig bewegen: „Wie könnten supranationale Regelungen beschaffen sein, die das Elend der Dritten und das Entstehen einer Vierten Welt nicht als Kollateralschaden für die Wohlstandsmehrung der Ersten Welt in Kauf nehmen oder gar als Bestandteil der göttlichen Vorsehung betrachten? Wie lässt sich verhindern, dass große Teile der Welt in ‚Schwarzen Löchern‘ versinken und von Investitionen abgekoppelt werden? Wie könnte, in den Worten des amerikanischen Patrioten Richard Rorty, ein ‚einleuchtendes Szenario‘ aussehen, demzufolge ein im Jahre 2100 in Bahia oder Kinshasa geborenes Kind ähnliche Lebenschancen haben wird wie ein in München geborenes?“

„Du bist fern von Bedrängnis, denn du brauchst dich nicht mehr zu fürchten“: Die verbrannte Erde, die von den politischen Utopien im 20. Jahrhundert übrig geblieben ist, hat tiefgreifende Skepsis gegenüber Utopien aller Art hinterlassen. Die Wirkungen der schwach und schwächer gewordenen Bilder einer heilen Welt verlieren an Kraft. Ein so genannter Realismus, der auf keinen Trost mehr hofft und keinen Trost mehr nötig zu haben glaubt, hat die Oberhand. Das massenhafte Elend in Zentralafrika ist dann nicht mehr unsere Sache. Oder, wie ich vor kurzem von einem Afrika-Kenner hörte, die Afrikaner müssen eben selbst dafür sorgen, dass die Rohstoffexporte nicht die Kriege in ihren eigenen Ländern finanzieren. Das heißt: Globalisiert wird der Markt, nicht das Gewissen.

„... und groß ist der Friede deiner Söhne.“ Wir bei pax christi können ebensowenig Patentrezepte für den Frieden in Zentralafrika anbieten wie alle anderen. Über die Frage, wer für die schwerwiegende Krise eigentlich verantwortlich ist – wir hier im Norden oder die afrikanischen Führer -, lässt sich gut streiten (vgl. den Grundsatzartikel von Willy Manzanza in diesem Heft). Ein jedes Ding zu seiner Zeit. „Dennoch darf die Erwartung der neuen Erde die Sorge für die Gestaltung dieser Erde nicht abschwächen ...“ (Gaudium et spes 39,2) – darauf dürfen wir uns bei pax christi beziehen.

Wichtig, so scheint mir, sind nicht so sehr die ideologischen Grundsatzfragen der weltweiten Solidarität, sondern die Hausaufgaben der Solidaritätsarbeit. Friedenspolitik mit Bodenhaftung, zum Beispiel das bürgerliche Engagement gegen den Coltan-Handel deutscher Unternehmen, die zum wichtigen Baustein in der Gewaltökonomie im Kivu geworden sind. Dem Sinn für globale Mitverantwortung dürfen wir uns auch in komplexen Gemengelagen nicht entziehen – als Christen ist unser Bewusstsein immer schon globalisiert.

Unser Kommissionsmitglied, Friedenskämpfer seit Jahrzehnten und pensionierter Bauingenieur Andreas Schillo wies mich anlässlich seines achtzigsten Geburtstags auf ein Wort Oskar Romeros hin, das mich seitdem immer wieder bewegt hat: „Wir sind nicht die Baumeister, die Pläne kennen wir nicht. Wir sind Arbeiter, die an einem Stück dieses großen Planes bauen im Vertrauen darauf, dass einer da ist, der das alles vollendet, der unsere Schwächen ausgleicht.“ (vgl. „Der Pazifist“, Nr.3./169 v.3.März 2001).

Der unsere Schwächen ausgleicht: Er wird kommen, die Völker zu erlösen (2. Adventssonntag, Introitus). Noch sehen wir in Zentralafrika vor allem das leidende Antlitz des Menschen. Vielleicht mag es dem einen oder anderen unpassend vorkommen, dass in einer Publikation, die im Advent erscheint und vielen in der Weihnachtszeit zugesendet und vielleicht auch gelesen wird, Christus mit der Dornenkrone auf dem Titelblatt abgebildet ist. Das Bild des Christus mit der Dornenkrone von Kamba Luesa verweist mich – dies zur Rechtfertigung - in diesen Tagen auf die Erwartung, die wir – auch hier weiß ich mich mit Andreas Schillo einig - mit dem Paulus weiter tragen dürfen, auch wenn die so genannte Realität manchmal dagegen aufbegehrt: „Die ganze Schöpfung wartet sehnsüchtig auf das Offenbarwerden der Söhne Gottes ... Denn wir wissen, dass die gesamte Schöpfung bis zum heutigen Tag seufzt und in Geburtswehen liegt. Aber auch wir, obwohl wir als Erstlingsgabe den Geist haben, seufzen in unserem Herzen ...“ (Römerbrief 8,19-23).

Coltan

Im Oktober 2002 ist neuer Bericht der mittlerweile seit fast zwei Jahren bestehenden Arbeitsgruppe zur Illegalen Ausbeutung von Ressourcen aus der DR Kongo erschienen, der die Verwicklung des Nordens in die Probleme des Südens im Kontext der Region Zentralafrika deutlich macht. Mit dem Thema Coltan haben wir deutsche Firmen und deutsche Unternehmer führend in das verwickelt, was in den letzten Jahren unter Oberbegriffen wie „Kriegsökonomie“, „Gewaltökonomie“, „fatal transactions“ usw. diskutiert wird.

Anders als die jüngste Irak-Resolution des Weltsicherheitsrats (Nr. 1441) ist die jüngste Kongo-Resolution des gleichen Gremiums (Nr.1445) den Medien kaum eine Meldung wert. In vielen Gesprächen mit Kongolesen – besonders im Kivu – kommt immer wieder der Wunsch nach einem stärkeren Engagement der Vereinten Nationen in der Region zum Ausdruck – ein Wunsch, der nichts als Frustration produziert. Afrika ist aus UNO-Perspektive peripher: Sie ist daher froh, dass Südafrika sich anstelle der Vereinten Nationen als Friedensmaklerin einbringt.

Der Weltsicherheitsrat spiegelt die Machtverhältnisse seiner Mitglieder – 2003-2004 ist auch Deutschland als nicht-ständiges Mitglied dabei. Die ursprüngliche, mit der UNO-Charta von 1945 verbundene Hoffnung, dass die Vereinten Nationen einmal weltweit zur aktiven und effektiven Vermittlerin in kriegerischen Konflikten wird, bleibt leider eine Utopie. Stattdessen müssen wir erleben, wie mit dem amerikanischen Aufmarsch gegen den Irak die in der Charta angelegten Regelungen bei den klassischen zwischenstaatlichen Konflikten mehr und mehr ausgehöhlt werden.

Dieses Heft berichtet ausführlich von den Reaktionen auf den neuen Bericht der UN-Arbeitsgruppe, die das komplexe Problem der Gewaltökonomie sorgfältig umschiffen. Zusammen mit medico international, dem Netzwerk Afrika-Deutschland und der Vereinten Evangelischen Mission ist dazu eine professionell gemachte Broschüre erschienen, mit denen wir nun endlich in Deutschland das Thema Coltan etwas mehr in die Öffentlichkeit bringen können, als uns das bisher gelungen ist. Die Broschüre kann im Sekretariat angefordert werden (sekretariat@paxchristi.de).

Die eigentliche Wertschöpfung im Rohstoffhandel findet statt, wenn der Rohstoff

bereits aus dem Land herausgebracht, international gehandelt und veredelt wird. Und was dann noch im Kongo hängen bleibt, finanziert den Krieg mit. Der Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt wirt mit den Rohstoffen angefeuert.

Mit dem Blutdiamanten-Embargo hatten die Vereinten Nationen im Fall Angolas zum ersten Mal die Möglichkeiten einer komplexen Marktintervention mit dem Ziel der Konfliktminderung versucht. Ein ausgezeichnete Bericht einer Arbeitsgruppe unter Leitung des kanadischen UN-Botschafter Robert Fowler aus dem Jahr 2000 zeigt die Schwierigkeiten auf, dieses Embargo durchzusetzen. Doch das Embargo führte in einen intensiven Dialog mit dem Diamantenhandel und in der so genannten Kimberley-Prozess der Zertifizierung von Rohdiamanten hinein. Auch für die anderen Rohstoffe, die kriegerische Konflikte in Afrika in Gang setzen oder befeuern, müssen so schnell wie möglich Mechanismen entwickelt werden, die verhindern, dass der Reichtum an Rohstoffen für die Bevölkerung zum Fluch werden. Doch die Lage ist komplex: Nicht nur Vertreter transnationaler Geschäftsinteressen, sondern auch Kritiker aus Regierungskreisen der Dritten Welt wehren sich gegen jede Einschränkung der nationalen Souveränität, die mit Embargos, Zertifizierungssystemen oder anderen Formen von Handelsregulierungen einher geht.

Ohne Druck von Nichtregierungsorganisationen in den Industrieländern, das zeigen auch unsere Erfahrungen mit dem Coltan, geschieht aber gar nichts. Schreiben Sie an die Bundestagsabgeordneten aus ihrer Region, fragen Sie, was es mit der deutschen Verwicklung in den mafiösen Coltan-Handel auf sich hat!

An verarbeitender Industrie ist in der DR Kongo nicht mehr viel vorhanden. Aus kongolesischer Sicht muss sich der von den Vereinten Nationen 1989 eingerichtete „Tag der Industrialisierung Afrikas“ (20.November) als makabrer Witz darstellen. Die gegenwärtige Hungerkrise im südlichen Afrika zeigt aber auch, was passiert, wenn Regierungen über Jahrzehnte hinweg die Landwirtschaft marginalisieren.

Friedensfachkräfte in Afrika

In den letzten Monaten hat unsere pax christi Kommission intensiv an der Frage der Entwicklung von Friedensfachkräften im Kongo gearbeitet. Dieses Engagement steht zum einen im Rahmen der intensiven Arbeit für die zivile Friedensarbeit in Konfliktgebieten, für deren Aufbau sich die deutsche Sektion seit Jahren engagiert. Zum anderen sind auch die großen Hilfswerke dabei, neben der klassischen Entwicklungszusammenarbeit den Aufbau von Friedensdiensten in Afrika zu konzipieren. In einigen afrikanischen Regionen gibt es dabei bereits erste Erfahrungen, etwa in Nord-Uganda. Dass dabei pax christi seine Stimme einbringen muss, versteht sich von selbst. Die kirchlichen Hilfswerke tun sich noch immer schwer, das Profil der Friedensfachkraft neben dem klassischen Entwicklungshelfer zu realisieren.

Für uns selbst kommt vor allem die Gruppe "Nous sommes frères" (Wir sind Brüder) in Bukavu als Partner in Frage, die seit 1993 besteht. Sie ist mittlerweile auch als Pax Christi-Gruppe beim Generalsekretariat in Brüssel registriert. Etienne de Jonghe (PCI-Generalsekretär) hat sie vor einigen Monaten besucht. Ein Mitglied der Gruppe (Emanuel Mulashe Bizimwa) hat an der "Africa Consultation" von pax christi internationalis in Pretoria im Oktober 2000 teilgenommen.

Die Gruppe betreibt eine größere Zahl von zum Teil länger fristigen Projekten auf dem Gebiet der Friedens- und Versöhnungsarbeit, vor allem im Kontakt mit und unterstützt von "Dialog International" (Düsseldorf) und "Pax Christi Eine Welt Solidarität Bonn" bzw. der Kölner pax christi-Bistumsstelle. Zu diesen Projekten gehören vor allem Projekte mit Straßenkindern und Witwen in der Stadt Bukavu und in Luhwindja. Zur Zeit wird ein Projekt zur Resozialisierung von Kindersoldaten vorbereitet. NSF/PC Bukavu kann auch auf Erfahrungen in der Ausbildung von Multiplikatoren bei der Versöhnungsarbeit verweisen.

Bei meiner Reise im Kivu im Februar 2002 habe ich einige der Projekte und das Büro in Bukavu im Februar 2002 besuchen können. Die Kommission befindet sich mit NSF/PC Bukavu im Dialog, um ein sinnvolles Konzept für ein ZFD-Projekt mit einer deutschen (EU-europäischen) Friedensfachkraft zu entwickeln.

Neues und Altes im Kongo

Immerhin: Als im Juli 2002 der Rundbrief 4 herauskam, war ein Rückzug der ruandischen Armee noch nicht recht vorstellbar, der innerkongolesische Dialog war gescheitert. Inzwischen haben sich die Ruander offiziell zurückgezogen (wenn Ruanda auch noch indirekt über die RCD-Rebellen präsent ist). Der Pariser Klub pumpt über die Weltbank wieder Geld in die DR Kongo – von 2,5 Milliarden US-Dollar ist die Rede, eine größere Um- und Entschuldungsaktion (es geht um Mobutu-Schulden!) ist im Gange. Doch die Beobachter der Situation kann das wenig beeindrucken: Die Regierung in Kinshasa ist und bleibt praktisch pleite. Von einer Auslandsverschuldung von 14,9 Milliarden US-Dollar ist die Rede. Die einstmals stolze staatliche Minengesellschaft GECAMINES kann ihre Gehälter nicht mehr auszahlen. Auch Soldaten und sonstige Staatsangestellte müssen sehen, wie sie ohne Gehaltszahlung über die Runden kommen.

Die Frage der forces negatives auf kongolesischer Seite, von Ruanda lange als Vorwand für die Blockade politischer Verhandlungen verwandt, behindert die Wiederannäherung zwischen Kinshasa und Kigali nicht mehr. Zu den Gesten guten Willens gehört die Auslieferung wichtiger Angeklagten des ruandischen Genozids 1994. Für sie ist Kinshasa mittlerweile kein sicherer Zufluchtsort mehr.

Aufsehen erregte im September 2002 die Verhaftung und Auslieferung von Tharcisse Renzaho in Kongos Hauptstadt Kinshasa. Renzaho, während des Genozids Präfekt von Ruandas Hauptstadt Kigali, wurde zum Sitz des Tribunals im tansanischen Arusha überstellt. Kurz vorher hatte Tribunalsmitarbeiter Adama Dieng Kinshasa besucht und sein "Bedauern" über mangelnde Zusammenarbeit des Kongo ausgedrückt. Nach dem führenden Militär der völkermörderischen Forces armées Rwandaises Bizimungu Augustin wird damit ein weiterer wichtiger Drahtzieher des furchtbaren Genozids von 1994 zur Rechenschaft gezogen.

„Du bist fern von Bedrängnis, denn du brauchst dich nicht mehr zu fürchten, und bist fern von Schrecken; er kommt an dich nicht heran.“ Der Weg zum Frieden bleibt unsichtbar. Leider geben auch die kongolesischen Politiker wenig Anlass zu Hoffnung. Die südafrikanische Regierung hat einiges an Prestige in ihre Vermittlungsdienste gesteckt, doch sie muss ohnmächtig zusehen, wie die Verhandlungen des Innerkongolesischen Dialogs in Pretoria einmal mehr am Hickhack um Positionen und Macht scheitern. Bei Redaktionsschluss (8.12.2002) war noch nicht klar, ob die

bei den Verhandlungen in Pretoria noch etwas Anderes herauskommt als heiße Luft.

Während dessen schaffen die kleinen und großen Kriegsherren weiterhin militärische Fakten. In einem gefährlichen Sumpf von marodierenden Banden, lokalen warlords und diffusen Rebelleneinheiten breitet sich, vor allem im Nordosten, die offene Anarchie immer mehr aus. An die Stelle des multilateralen Kriegs ist eine komplizierte Gemengelage von Konflikten mit allerlei warlords und verkommenen Militärs getreten. Die Zivilgesellschaft kommt nicht zum Zuge.

Zum Schluss noch ein Wort in eigener Sache: Im Jahr 2003 wird dieser Rundbrief, so der Stand der Planung, in eine viermal jährlich erscheinende Publikation in Zusammenarbeit mit Dialog International aufgehen. Der Arbeitstitel der geplanten Zeitschrift lautet „Kongo Info mit Zentralafrika-Nachrichten“. Wir hoffen, dass dieses ambitionierte Projekt die Kräfte unserer Kommission nicht überfordert. (8.12.2002)

Pax Christi, Deutsche Sektion
Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“,
Postfach 1345
D-61103 Bad Vilbel

Wenn Sie uns helfen möchten – jede Spende hilft, damit wir die Solidaritätsarbeit mit unseren Mitteln fortsetzen können (Konto Nr. 948-754, Postbank Karlsruhe, BLZ 660 10075, Stichwort „Zentralafrika“).

Dieser Rundbrief wird kostenlos an Interessenten verteilt. Möchten Sie auf einen weiteren postalischen Bezug verzichten, bitten wir um eine kurze Mitteilung.

Arbeitsbericht der Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“

Während die lokalen Gruppen nach ganz unterschiedlichen Modellen funktionieren und Bericht erstatten, sind die so genannten Kommissionen der deutschen Sektion von Pax Christi angehalten, jedes Jahr für die Pax-Christi-Delegiertenversammlung im Herbst einen Arbeitsbericht abzuliefern. Die Delegiertenversammlung 2002 fand vom 1. -3. November 2002 in Mainz statt. Der Bericht stammt von Joel Nsengiyaremye, seit 7/2002 Sprecher unserer Kommission, der uns zusammen mit Andreas Schillo auch persönlich auf der Delegiertenversammlung vertreten hat (Berichtszeitraum von November 2001 bis 22.9.2002).

Joel Nsengiyaremye

Die Bildung der Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“ wurde auf der DV 2000 beschlossen. Sie hat im zweiten Jahr ihres Bestehens ihren Arbeitsauftrag ordentlich ausgeführt.

Gewählte ordentliche Mitglieder der Kommission sind z.Z. Cikara Mukengere, Joel Nsengiyaremye, Andreas Schillo, Heinz Werner Wessler. Godfrey Ayoo ist im August 2001 aus der Kommission ausgeschieden. Bisher bemüht sich die Kommissi-

on vergeblich um ein weiteres Mitglied aus den Reihen der Bewegung, das den stetig zunehmenden Arbeitsaufwand mittragen kann. Monika Riße (Düsseldorf) verfolgt seit einiger Zeit unsere Arbeit und wird vielleicht demnächst in die Kommission aufgenommen. Kooptierte Mitglieder sind Jimmy Kenga und Heinz Rothenpieler (seit 4/2001). Im Berichtszeitraum war Heinz Werner Weißler Sprecher der Kommission bis zum 30. Juni 2002. Seit dem 1. Juli 2002 ist Joel Nsengiyaremye neuer Sprecher der Kommission. Seit 12/2001 haben vier ordentliche Sitzungen in Dezember 2001, Januar, April und Mai 2002 (protokolliert) und ein außerordentliches Treffen im Juli stattgefunden. Von zunehmender Bedeutung für die Kommission sind die internen Diskussionen per email, vor allem im September 2002, als wegen eines Trauerfalls eine Kommissionssitzung kurzfristig abgesagt werden musste.

Am 14.9.2002 fand die jährliche gemeinsame Sitzung der drei Nord-Süd-Kommissionen (Kommissionen WÖE, Solifonds und Solidarität mit Zentralafrika) in Köln statt. Dabei brachte die Kommission das Thema "Zivile Friedensdienste für Zentralafrika" ein. Die Kommission arbeitet derzeit intensiv an dem Thema Friedensdienste und bemüht sich dabei um mehr Erfahrungsaustausch mit anderen Kommissionen und mit dem Präsidium. Es wurde beschlossen, dass einen gemeinsamen Studientag in 2003 über das Thema Friedensdienste und Pax Christi kommissionsübergreifend veranstaltet wird.

Die Kommission hat sich an folgenden öffentlichen Veranstaltungen im Bonner Raum beteiligt:

- 10.11.2001 in Bonn zum Thema Coltan: "Was hat mein Handy mit dem Krieg im Kongo zu tun? (gemeinsam mit kongolesisch-deutschem Kreis Bonn).
- 10.04.2002 "Tanz auf dem Vulkan" im Evangelischen Forum Bonn (u.a. mit katholischem Bildungswerk).

Der Rundbrief der Kommission dient ebenfalls dem Zweck, die Öffentlichkeit auf das Thema Krieg in Zentralafrika aufmerksam zu machen. Bisher (Stand: 10/2002) sind die Rundbriefe drei und vier der Kommission im Berichtszeitraum erschienen. Ein dritter Rundbrief ist für den Dezember 2002 geplant. Die Publikation wird durch einen DSE-Zuschuss unterstützt. Neben der allgemeinen Information über politische und wirtschaftliche Entwicklungen und den Perspektiven der Friedens- und Menschenrechtsarbeit in der von Kriegen geschundenen Region der großen Seen dient der Rundbrief auch der Selbstdarstellung der Kommission. Für das Jahr 2003 ist eine Kooperation mit dem hauptsächlich durch GFG-Mittel finanzierten Kongo-Info von Dialog International (Düsseldorf) geplant, d.h., es ist ein breiter angelegtes friedenspolitisches Zentralafrika-Magazin geplant..

Neben den umfangreichen Rundbriefen hat Heinz Werner einen Artikel für die Pax Christi-Zeitschrift 2/2002 zum Thema Coltan geschrieben. Die Kommission legt großen Wert auf die Vernetzung der an Zentralafrika interessierten Organisationen. In diesem Zusammenhang arbeitet die Kommission eng mit dem "Ökumenischen Netz Zentralafrika" (ÖNZ) zusammen. Hierzu hat die Kommission am 25.5.2002 eine offene Veranstaltung mit dessen Beauftragten Dr. Volker Riehl in Bonn abgehalten. Anwesend war u.a. Etienne de Jonghe, Generalsekretär Pax Christi International.

Pax Christi hat die Einrichtung der Lobby- und Advocacy-Stelle in Berlin (besetzt seit 3/2002) über die ökumenische Zentralafrikarunde seit längerer Zeit unterstützt und finanziert sie mit dem symbolischen Betrag von z.Z. EUR 260,-/Jahr mit. Pax Christi, vertreten durch die Kommission, ist eines von fünf Mitgliedern des ÖNZ Ko-Kreises (Fachaufsicht). Ein Hauptthema der jährlich einmal stattfindenden Zentralafrikarunde am 7.3.2002 in Köln war das Thema Coltanexporte aus dem Kivu, dem sich die Kommission seit einiger Zeit intensiv widmet. Die nächste Ko-Kreis-Sitzung findet am 24.09.02 in Wuppertal statt.

Die Coltan-Kampagne im Rahmen der fatal transactions campaign, die Heinz Werner Weißler vorangetrieben hat, führte zu weiteren Vernetzungen, insbesondere mit dem iz3w Herne, Netzwerk Afrika-Deutschland, Vereinte Evangelische Mission und medico international. Coltan wurde im Namen von Pax Christi auch zweimal als eines der Themen der jährlich zweimal stattfindenden Gespräche des FORUMS MENSCHENRECHTE u.a. mit Bundesaußenminister Fischer im Auswärtigen Amt eingebracht. Am 22.11.2001 beteiligte sich Heinz Werner an einem gemeinsamen Brief von Pax Christi, Action Contre la Torture (ACT, Aktion gegen Folter) und VEM zur Coltan-Problematik an Außenminister Fischer. Heinz Werner Weißler nahm am 16./17.5.2002 am 7. Forum Globale Fragen teil und entwarf im Anschluss an die Diskussion zu dem Thema mit Volker Riehl (ÖNZ) einen weiteren Brief an Außenminister Fischer dazu. Die Kommission bereitet mit medico international einen gemeinsamen flyer zum Thema Coltan vor, der im Herbst herauskommen soll.

Neben dem Thema Coltan beteiligt sich die Kommission an der Menschenrechtsarbeit insbesondere über die Pax Christi-Mitgliedschaft im FORUM MENSCHENRECHTE. Heinz Werner Weißler nahm am Seminar "Menschenrechte in Afrika" im März 2002 in Berlin teil, zu dem sich Vertreter der meisten auf menschenrechtlichem Gebiet tätigen deutschen NROs trafen. Die Kommission wird auch 24.- 26.10. 2002 bei dem 2. Workshop zu Menschenrechtsarbeit in Bensberg vertreten sein. Zu diesem Thema legte die Kommission im Februar 2002 wie schon in den beiden Vorgängerjahren ein "Aide Mémoire" für die deutsche Delegation bei der Menschenrechtskommission 2002 vor, das im Rahmen der Gespräche des FORUMS im Auswärtigen Amt präsentiert und diskutiert wurde.

Die Intensivierung der Kontakte mit Friedensgruppen in Zentralafrika bleibt ein großes Ziel der Kommission. Heinz Werner konnte im Rahmen einer Zentralafrikareise im Auftrag der VEM im Februar 2002 insbesondere die Gruppe NSF/PC Bukavu besuchen. Außerdem war es ihm möglich den zu der Zeit in Butare (Rwanda) verhafteten Pax Christi International Preisträger Laurien Ntezimana im Gefängnis zu besuchen. Er verschaffte sich ein Bild der Lage vor Ort, so dass er rasch erfolgreich Organisationen (PCI, Netzwerk Afrika-Deutschland, Justitia et Pax etc.) für die Freilassung von Laurien und Weiterarbeit seiner NRO AML mobilisieren konnte.

Am 13.7.2002 trafen sich Mitglieder der Kommission mit Frau Fatuma Ndangiza, der Koordinatorin der Versöhnungskommission in Rwanda zum informativen Gespräch.

Ein Rückblick auf zwei Arbeitsjahre der Kommission "Solidarität mit Zentralafrika" lässt erkennen, dass die Kommission eine solide Lobby-Arbeit für Afrika in Deutschland macht. Es spricht sich immer mehr herum, dass die deutsche Sektion von Pax Christi eine intensive Zentralafrika-Lobbyarbeit betreibt. Die Kommission

wird immer mehr zu einer wichtigen Anlaufstelle für Zentralafrikafragen. Es wird aber auch immer mehr deutlich, dass an die Grenzen der Möglichkeiten ehrenamtlicher Arbeit kommen.

Herausforderungen der Zukunft liegen u.a. in der Intensivierung der Kontakte mit Menschen in Zentralafrika sowie in einem konkreten Beitrag zum tatsächlichen Frieden in der Region der großen Seen (u.a. Friedensfachkräfte). Dazu ist notwendig, mehr Afrika-Interessente innerhalb der Pax Christi zu finden. Die Kommission stellt fest, dass die Resonanz der Afrikaarbeit innerhalb der Bewegung immer noch eher schwach ist. Für die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit der Kommission in Zukunft ist es unablässig, Interessierte für die Mitarbeit/Zusammenarbeit zu gewinnen. *(Idar-Oberstein, 22.09.2002)*

Pax Christi Internationalis: Northern Consultation 2002

Joel Nsengiyaremye

Zum ersten Mal hatte ich die Gelegenheit an der Northern Consultation 2002 (Antwerpen, 19./20. Okt. 2002), der alle zwei Jahre stattfindenden internationalen Konferenz der PCI mit Teilnehmern aus mehr als 20 Nationen teilzunehmen. Dies war das zweite Mal, dass ein Mitglied unserer Kommission an dieser wichtigen Konferenz als Mitglied der Delegation der deutschen Sektion teilnimmt.

Die Konferenz war in 15 Sessionen aufgeteilt, wobei jeder Teilnehmer eine Session mit Themen auswählen sollte, die für seinen Arbeitsbereich interessant waren. Für mich waren natürlich die Sessionen über Afrika „Mussveranstaltungen“. Zu diesen Sessionen möchte ich nun einige, aus meiner Sicht wesentliche Punkte darstellen.

Im Mittelpunkt der ersten Afrika-Session standen Informationsberichte der PC-Sektionen, die Afrika-Arbeit machen: die italienische Sektion im Sudan, die portugiesische Sektion in Mosambik und Berichte der PCI über Ansätze der Friedensarbeit in Afrika, u.a. Friedens- und Konfliktkoalitionen.

Während die italienische Sektion die Kampagne "Ölgelder für Frieden" im Sudan betreibt, versucht die PCI gemeinsam mit der CIDSE einen Kontrollrahmen zur Offenlegung der Transaktionen zwischen Ölfirmen und Regierung in Angola herbeizuführen.

Bei der zweiten Afrika-Session ging es speziell um die Lage in Zentralafrika. Bischof Laurent Pasinya Monsegwo, Erzbischof von Kisangani und Vizepräsident von Pax Christi Internationalis, der für die Moderation zuständig war, gab zu Beginn einen Überblick der Lage in der DR Kongo, von rechtlicher Krise über mangelnde Verantwortung der politischen Klasse - sowohl national wie international - bis hin zur gravierenden humanitären Katastrophe sprich extreme Armut und über drei Millionen Kriegsoffer.

Zu meiner Überraschung sollte ich aus dem Stegreif die politische Situation in Ruanda und Burundi darstellen. Im Oktober war der Abzug der ruandischen Soldaten aus der DR Kongo das dominante Thema der ruandischen Politik. Laut eigener Angabe hatte die ruandische Regierung alle Soldaten (ca. 23.000) abgezogen. Bemer-

kenswert war zu diesem Zeitpunkt das Ausbleiben von befürchteten Problemen der Reintegration von den rückkehrenden Soldaten. Auch die Vorbereitung des so genannten "freiwilligen Repatriierungsprogramms" der ehemaligen Hutu-Rebellen rief auf Hochtouren.

In Burundi ist die politische Situation sehr komplex. Auf allen Seiten im Konflikt herrscht mangelnder Friedenswillen. Der Misserfolg der unter Vermittlung von Nelson Mandela langjährigen Arusha-Gespräche ist inzwischen sehr deutlich geworden.

Bemerkenswert bei den beiden Vorträgen zur Lage in Zentralafrika war das Wort "Hoffnungsschimmer". Hoffnung auf Frieden in der DR Kongo lag darin begründet, dass der Abzug von den fremden Armeen aus Ostkongo beinahe abgeschlossen war. Dennoch war dieser Hoffnungsschimmer auf schnellen Frieden durch den Ausbruch von Kämpfen zwischen den rivalisierenden kongolesischen Rebellen-Gruppen stark gedämpft.

Zusätzlich gab es Befürchtungen und Gerüchte darüber, dass die ruandischen Truppen über Nacht nach Kongo via Bukavu zurückbekehren würden, sowie über Aufrüstung der so genannten War Lords, die kongolesische Bodenschätze weiterhin ausplündern.

Erfreulich war die Perspektive der Intensivierung der PCI-Afrikaarbeit durch neue Kontakte, die Etienne de Jonghe, PCI-Generalsekretär, bereits im Frühjahr 2002 herbeiführen könnte. Der PCI-Generalsekretär hat zahlreiche Gruppen in Zentralafrika besucht, die sich friedenspolitischen Themen, Menschenrechts- und Versöhnungsarbeit leisten. Das langsam in Verbindung mit PCI entstehende Netzwerk dieser Gruppen wertet Etienne de Jonghe als Resultat der ersten "Africa Regional Consultation" von 8-13 Oktober 2000 in Pretoria. Er berichtete über zahlreiche Anträge dieser Gruppen auf Kooperation (als assoziierte, affilierte oder einfache Partner). Aus der DR Kongo kamen zwölf, aus Burundi zwei und aus Ruanda vier Anträge, die nun durch das Exekutivkomitee von PCI ausgewertet werden sollten. Damit wären Weichen für intensive Zusammenarbeit zwischen Zentralafrika und den PC Sektionen aus aller Welt gestellt.

Um unnötige Reibungen zu vermeiden, will PCI die Zentralafrikaarbeit der Sektionen steuernd unterstützen. Zu diesem Zweck plant Brüssel das erste Beratungstreffen der mit Zentralafrika arbeitenden PC Sektionen (Flandern, Niederlande und Deutschland) für Dezember 2002.

Erwartungen von den Gruppen aus Zentralafrika sind vielfältig. Nach Etienne de Jonghe sei allen Gruppen gemeinsam der Wunsch nach Unterstützung bei der Qualifizierung der Multiplikatoren für die gewaltlose Konfliktlösung und -prävention.

Die Bemühungen der PCI für die Initiierung einer Friedensarbeit in Zentralafrika zeigen, dass die durch die Einsetzung unserer Kommission vor zwei Jahren angestoßene Afrikaarbeit von großer Bedeutung ist. Unser Vorhaben, ZFD in Zentralafrika aufzubauen, wurde daher bei allen Gesprächen mit den Kollegen von der belgischen und niederländischen Sektion begrüßt. Umso deutlicher wird aber das Fehlen eines sektionsübergreifenden Konzepts für die Zentralafrikaarbeit bei Pax Christi.

Darüber hinaus hapert es auch an der Kommunikation mit den lokalen Gruppen in Afrika.

Im vertraulichen Gespräch mit Erzbischof Monsengwo wurde mir eine grundsätzliche Komplikation unserer geplanten Entsendung von Friedensfachkräften deutlich. Er bestätigte mir, dass die lokalen Gruppen in seiner Diözese institutionell von der Kirche unabhängig sind. Insofern würde er – trotz seiner Position als Vizepräsident von Pax Christi Internationalis - auf keinen Fall für Projekte dieser Gruppen bürgen. Hier werden Projekte von den Gruppen in Kisangani ohne Unterschrift des Bischofs stattfinden müssen. Dort wo die kirchlichen Institutionen nicht mit den lokalen Gruppen zusammenarbeiten, werden Mechanismen der Projektüberwachung durch Dritte notwendig sein.

Abgesehen von der inhaltlichen Arbeit in den Sessionen war das Umfeld der Northern Consultation ideal für das Kennenlernen von interessanten Leuten und deren Friedensarbeit sowie für informelle Informationsgespräche. Mir wurde dabei deutlich, dass die Weichen für eine intensivere Afrika-Arbeit von Pax Christi Internationalis nicht nur gestellt sind, sondern auch schon ein wenig befahren werden.

Mehr Kirchen-Engagement bei Konfliktlösung in Afrika

Kirchliche Organisationen diskutieren mit Partnern aus Afrika

Die folgende Presseerklärung von Justitia et Pax (Deutschland) berichtet über den friedenspolitischen Afrika-Workshop in Hirschberg (Bistum Eichstätt, Bayern, 30.10.-3.11.2002), an dem aus unserer Kommission Heinz Rothenpieler (als „Visualisierer“ und Protokollant) und Heinz Werner Weißler (als Moderator einer Arbeitsgruppe) teilgenommen haben. Der workshop diente als „think tank“ mit dem Ziel, Ideen für zukünftige friedenspolitische Arbeit mit den Kirchen in Afrika zu generieren, die in die Arbeit der Hilfswerke einfließen sollen. Die Maxime „do no harm“ („richte keinen Schaden an“) ist inzwischen in der Entwicklungszusammenarbeit fest verwurzelt, doch Misereor ist darüber hinaus bemüht, sich dem Thema der Friedensarbeit im engeren Sinn in Afrika immer mehr gezielt zuzuwenden. Misereor erstellt derzeit eine Dokumentation des workshops.

Welchen Beitrag kann die katholische Kirche zur Minderung von Konfliktpotentialen und zur Verhinderung einer gewaltsamen Konfliktaustragung in Afrika leisten? Diese Fragestellung diskutierten katholische Bischöfe und kirchliche Mitarbeiter aus 15 afrikanischen Ländern, die unter den Folgen gewaltsam ausgetragener Konflikte leiden. Eingeladen zu diesem Workshop vom 30. Oktober bis zum 3. November im Tagungshaus Schloss Hirschberg (Bistum Eichstätt) hatten die Deutsche Kommission Justitia et Pax, das katholische Hilfswerk MISEREOR sowie das von katholischen Orden getragene „Netzwerk Afrika Deutschland“.

Im Zentrum des Erfahrungsaustausches standen heiße Konfliktregionen wie der Kongo und die sich dramatisch zuspitzende politische Situation in Simbabwe, aber auch erfolgreiche Beispiele der Gewaltüberwindung wie der Friedensschluss in Sierra Leone. In all diesen Ländern ist die katholische Kirche als wichtiger gesellschaftlicher Akteur herausgefordert. Selbstkritisch wurde aber auch eingeräumt, dass aufgrund fehlenden Willens in einer Reihe von Ländern die Kirche dieser Herausforderung nicht nachkommt. In manchen Fällen liegen Bischöfe im Streit über die richtigen Lösungsansätze.

Erzbischof Kpakala Francis aus Liberia, das sich seit Jahren im Bürgerkrieg befindet, formulierte das Problem mit deutlichen Worten: „In vielen afrikanischen Ländern hat die Kirche in der Vergangenheit die Verletzung der Menschenrechte nicht deutlich genug angeprangert. Einige von uns haben direkt oder indirekt die Despoten unserer Länder unterstützt“.

Der Workshop lieferte wichtige Hinweise, wie die Zusammenarbeit kirchlicher Organisationen mit ihren afrikanischen Partnern umgesetzt und weiter entwickelt werden kann. Gleichzeitig bestand unter allen Teilnehmern Einigkeit, dass sich nicht nur die Kirche in Afrika stärker politisch engagieren muss. Während der Tagung machten die beteiligten katholischen Organisationen vielmehr deutlich, dass sie ihre politische Lobbyarbeit für Afrika in Deutschland verstärken wollen.

AFRICA: Commission stresses need to strengthen human rights

Im folgenden Bericht geht es um die 32. Sitzung der Afrikanischen Kommission für Menschen- und Völkerrechte, die vom 17.-23.10.2002 in Banjul (Gambia) stattfand. In dieser Kommission werden viele gute Ideen ventiliert, die allerdings – hierin der Afrikanischen Union (AU) als Institution ähnlich - noch wenig Bodenhaftung aufweisen, z.B. die Idee eines panafrikanischen Gerichtshofs, Protokoll über Frauenrechte in Afrika, Anti-Folter-Konvention, Meinungsfreiheit in Afrika etc.

ABIDJAN, 29 October (IRIN) - Human rights systems in Africa need to be strengthened, the African Commission on Human and People's Rights last week stressed in a communique that capped its 32nd ordinary session, held on 17-23 October in Banjul, The Gambia.

Addressing the 216 participants, Commission Chairman Kamel Rezag-Bara urged all the actors to ensure the entry into force of the Protocol to the African Court on Human and Peoples' Rights and the preparation of the Draft Protocol on Woman's Rights in Africa.

Representatives of national human rights institutions and NGOs expressed concern over the situation of human and peoples' rights prevailing in many African states.

The Commission granted affiliate status to the South African Human Rights Commission and the National Human Rights Commission of Nigeria. It also granted observer status to 12 NGOs from various countries, including the Democratic Republic of Congo, Ghana, Kenya, Malawi, Mauritius, Republic of Congo, Seychelles, South Africa, Sudan and Zimbabwe.

It further considered and adopted a resolution on the Guidelines and Measures for the Prohibition and Prevention of Torture and Cruel, Inhuman or Degrading Punishment or Treatment in Africa also known as the Robben Island Guidelines (<http://www.apt.ch/africa/rig/Robben%20Island%20Guidelines.pdf>).

The Commission also considered and adopted a draft declaration on the principles of the freedom of expression in Africa. It decided to hold its 33rd Ordinary Session in Niamey, Niger, from 5-19 May, 2003 on the invitation of Niger's government.

Plus de 3.000 soldats de l'Onu en renfort dans la RD Congo

Philippe Siuberski (Agence France-Presse)

Der UN-Sicherheitsrat hat sich wieder einmal mit dem Mandat der UN-Beobachtermission in der DR Kongo (MONUC) beschäftigt und mit der Resolution 1445 Anpassungen vorgenommen (die bekanntere jüngste Irak-Resolution hat die Nummer 1441). Vorgesehen ist jetzt eine Aufstockung von nominal 5.500 auf 8.700 Personen. Zur Zeit befinden sich real etwa 4200 Personen der MONUC vor Ort (vgl. auch die sehr professionelle website www.monuc.org). Ein ausführlicher Bericht findet sich in englischer Sprache unter <http://www.irinnews.org/print.asp?ReportID=31260>.

Die MONUC soll darüber hinaus ihren Schwerpunkt weiter nach Osten verschieben und insbesondere ihre Niederlassung in Kisangani und Kindu verstärken. Der ursprüngliche Auftrag der Kontrolle der Waffenstillstandslinie ist mit dem Rückzug der ausländischen Truppen obsolet geworden. Geplant ist auch der Ausbau der maritimen Präsenz auf dem Kongo-Fluss. Seit längerem ist die MONUC bemüht, die Schifffahrt und damit den Fernhandel über den Kongo wieder in Gang zu bringen. - Im Hinblick auf das riesige Territorium und eine Gesamtbevölkerung der DR Kongo von mehr als 50 Millionen Menschen wird deutlich, dass es sich hier wohl eher um ein Ausweichmanöver handelt. Man stockt die MONUC nominal ein wenig auf, weil die UN sich nicht zu weiter gehenden Schritten und zu einer Neudefinition des internationalen Mandates aufrufen kann. Insbesondere beim Thema Gewaltökonomie sowie Plünderung der Ressourcen sind dringend neue Konzepte gefragt, wie auch der neueste UN-Bericht (s.u.) deutlich macht. Trotz einer informellen Zusage von Südafrika und Bangladesh, Einheiten für diese heikle Mission zur Verfügung zu stellen, bleibt aber unsicher, ob sich die anvisierte Mannschaftsstärke überhaupt realisieren lässt.

NEW YORK (Nations unies), 3 déc (AFP) - Le Conseil de sécurité a décidé de renforcer les effectifs de la mission des Nations unies en République démocratique du Congo (MONUC) en portant les effectifs actuels de 5.500 à 8.700 hommes, a-t-on appris mardi de sources diplomatiques concordantes.

La résolution en ce sens est prête et devrait être soumise mercredi au Conseil de sécurité, ont indiqué ces sources qui ont prédit une adoption à l'unanimité. Cette longue résolution (quatre pages) mise au point par la France, souligne que "la première responsabilité pour résoudre le conflit repose avec les parties elles-mêmes qui doivent continuer à manifester leur volonté à respecter les engagements conclus".

Exprimant une "profonde inquiétude devant la situation humanitaire dans l'ensemble du pays", et en particulier la région d'Ituri (nord-est, frontalier avec l'Ouganda), elle demande qu'un "accès complet" soit accordé aux agences humanitaires. Elle exprime également "une profonde inquiétude devant l'intensification des violences ethniques" dans la région d'Ituri et suggère au secrétaire général d'y accroître la présence de la MONUC afin d'appuyer le processus de pacification en cours et aider à l'effort humanitaire "s'il détermine que les conditions le permettent".

La MONUC, mise en place en décembre 1999, dispose d'un effectif théorique de 5.500 personnels mais n'en a actuellement sur le terrain que 4.200 en raison, notamment, de difficultés à trouver des pays disposés à fournir des soldats.

Elle n'est pas formellement chargée d'une opération de maintien de la paix dans une zone au centre de l'Afrique qui a approximativement la taille de l'Europe occidentale, mais doit aider à la supervision des accords conclus entre les différentes parties ainsi qu'à surveiller le retrait des troupes étrangères.

Elle a également la charge du processus 2D-3R (démobilisation, désarmement, regroupement, rapatriement et réinsertion des groupes armés).

L'Afrique du sud et le Bangladesh, selon des informations concordantes, ont accepté de fournir les renforts demandés par le Conseil de sécurité en envoyant chacun 1.600 soldats.

Le ministre français des Affaires étrangères, Dominique de Villepin, avait annoncé en septembre dernier lors d'une visite à Kinshasa que la France lui apporterait "son soutien logistique et financier".

Les effectifs supplémentaires permettront, comme l'avait demandé le secrétaire général de l'Onu Kofi Annan dans un rapport publié en octobre dernier, d'organiser deux corps expéditionnaires dont le premier se déploiera dans la région d'Ituri et le second ultérieurement à Kisangani (centre est).

Au moins 3 millions de personnes - essentiellement des civils - ont, selon les estimations généralement admises, trouvé la mort depuis le début de ce conflit il y a huit ans au lendemain du génocide rwandais.

Outre plusieurs mouvements rebelles de la RDCongo, il a impliqué, sur fond de pillage systématique des ressources naturelles, les armées de six pays africains. (be/gcv/mpd)

Die Plünderung der Naturressourcen der DRKongo und die kongolesischen Helfershelfer

Paul Isewanga-Indongo

Der Reichtum ist der DR Kongo zum Fluch geworden. Die pax christi Kommission Zentralafrika arbeitete von Anfang an der Problematik der so genannten Kriegsökonomie. In den vorausgegangenen Rundbriefen wurde regelmäßig über das Thema berichtet. Die folgenden Berichte, angefangen mit dem kommentierenden Bericht von Paul Isewanga-Indongo, liefern einiges an Hintergrundmaterial zur Plünderung der Ressourcen des Kongo. Auslöser für die in letzter Zeit zunehmende Aktualität des Themas in internationalen Medien und bei einigen NROs ist der im Oktober 2002 erschienene lange erwartete zweite ausführliche Bericht einer Arbeitsgruppe des UN-Sicherheitsrats zur „illegalen Ausbeutung von Rohstoffen in der DR Kongo“. Eines der Themen des Berichts ist Coltan, bei dem sich eine schlimme deutsche

Verwicklung nachweisen lässt. Trotz mehrerer Anfragen bei verschiedenen Regierungsstellen tut sich jedoch auf nationalem Niveau bisher wenig, während in Belgien eine parlamentarische Untersuchungskommission arbeitet. Die konsequente Untersuchung dieser Machenschaften in Deutschland fordert die Mainzer Erklärung vom 30.11.2002, Ergebnis eines Workshops zum Thema Coltan und der Kampagne „fatal transactions“ in Mainz, organisiert in gemeinsamer Trägerschaft des Ökumenischen Netzes Zentralafrika. - Den neuesten UN-Panel-Bericht und alle weiteren UN-Dokumente der letzten Jahre finden sich am einfachsten unter der Internet-Adresse www.munuc.org in Englisch und Französisch. Der UN-Sicherheitsrat tut sich schwer, darauf zu reagieren, wie die Aussprache am 5.11. zeigte. Schon innerhalb der EU gibt es keine einheitliche Position (vgl. die Intervention der dänischen UN-Botschafterin Ellen Margrethe Loej, http://www.eu2002.dek/news/news_read.asp?informationID=24413).

Anders als nach dem ersten UN-Bericht vom April 2001 stellt der neue Bericht die Embargo-Forderung zugunsten differenzierter Sanktionsforderungen gegen Individuen und Unternehmen zurück. - Anlässlich des Workshops in Mainz ist eine Broschüre zum Thema Coltan in Zusammenarbeit von medico international, Netzwerk Afrika-Deutschland, Vereinte Evangelische Mission und pax christi erschienen, die die Leser dieses Rundbriefs gerne im pax christi-Büro in Bad Vilbel (sekretariat@paxchristi.de) für den persönlichen Gebrauch oder auch zur Verteilung bestellen können.

Am 21.10.02 hat die UNO den Abschlußbericht des Experten-Panels zur "illegalen Ausbeutung der Naturressourcen und anderer Formen des Reichtums (Steuereinnahmen, wild wachsende Flora und Fauna; die Redaktion) der DR Kongo" veröffentlicht.

Auf Grund der praktischen Gegebenheiten teilt der Bericht die DR Kongo in 3 Zonen:

- a. die von der Regierung in Kinshasa und ihrem simbabwischen Alliierten kontrollierte Zone;
- b. die Zone, die durch Ruanda und seine Ersatztruppen von der "Kongolesischen Sammlung für die Demokratie" (RCD-Goma) besetzt wird;
- c. die durch Uganda und seine Verbündeten von der "Bewegung für die Befreiung Kongos" (MLC) regiert wird.

In jeder der 3 Zonen hat die UNO-Expertengruppe die Präsenz von Netzwerken ("elite networks") vorgefunden, die durch Ruander, Ugander und Simbabwer in Zusammenarbeit mit ihren jeweiligen kongolesischen Partnern gegründet wurden, um die "Naturressourcen und anderer Formen des Reichtums der DR Kongo" nach dem Abzug ihrer Truppen weiter plündern zu können.

Der Report zeigt mit dem Finger auf die Mehrheit der afrikanischen Länder, die in den Krieg in der DR Kongo impliziert sind. Beschuldigt werden auch 29 ausländische Unternehmen - darunter 5, die in der Bundesrepublik Deutschland (Bayer AG, H.C. Starck GmbH & Co. KG, KHA international AG, Masingiro GmbH und SLC Germany GmbH) ansässig sind. 54 Personen - unter denen 20 politische und militärische Verantwortliche aus Ruanda, Uganda, Simbabwe und der DR Kongo -, werden namentlich zitiert.

In dem Bericht wird geschildert, wie die Rohstoffe (Gold, Diamanten, Coltan, Kupfer, Kobalt...) das kongolesische Territorium verlassen, um durch 12 afrikanische Länder zu passieren, bevor sie in 17 Staaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, stranden.

Wie man sieht, handelt es sich hier um ein echtes internationales Netzwerk, das ins Leben gerufen wurde, um die DR Kongo auszuplündern.

Obwohl das Experten-Panel vom Verbot des Exports von Rohstoffen der DR Kongo abrät - da es in Bezug auf die "Verbesserung der Lage der Regierung im Kongo, der kongolesischen Bevölkerung oder der kongolesischen Umwelt" kontraproduktiv sei -, spricht es sich für die Entschließung von Maßnahmen aus, die die illegale Ausbeutung der Naturressourcen der DR Kongo durch kriminelle Organisationen und dubiose Personen begrenzen. In diesem Zusammenhang schlägt der Report finanzielle Restriktionen gegen 29 Firmen sowie gegen 54 Personen (Abkommen von Cotonou - Benin/OECD-Abkommen) unter denen der kongolesische Minister für öffentliche Sicherheit (Mwenze Kongolo), der Präsidentschaftsminister (Katumba Mwanke) und der Chef der Agence nationale de renseignement (Nyembwe Kazadi) vor. In gleicher Weise legt der UNO-Bericht nahe, daß eine Finanzhilfe an Burundi, Ruanda, Uganda und Simbabwe mit der Konditionalität der Respektierung des Abkommens von Lusaka und der Beendigung der Plünderung der Naturressourcen der DR Kongo verknüpft wird. Überdies unterbreiten die Experten den Vorschlag, dass Hilfe an die DR Kongo und andere Staaten der Region der Großen Seen gewährt werden soll, die bereit sind, Infrastrukturen für den Wiederaufbau zu schaffen, Infrastrukturen, die wiederum Arbeitsplätze generieren. Sie verlangen parallel laufend die Verstärkung der Kontrollorgane, die die Straflosigkeit beenden sollen, von der die hohen Funktionäre und die politischen und militärischen Verantwortlichen aus den zitierten Ländern, denen die Partizipation an den illegalen Aktivitäten vorgeworfen werden, profitieren.

Wie nicht anders erwartet, haben die Beschuldigten postwendend dementiert, an der Plünderung der DR Kongo beteiligt zu sein. Stellvertretend für viele mag hier die deutsche Tochterfirma der Bayer AG, H.C. Starck GmbH & Co. KG, genannt werden. "Du déjà-vu" würden wir sagen. Denn: Im Jahr 2001 hatte H.C. Starck, nachdem ihr die Beteiligung am illegalen Coltanhandel zur Last gelegt wurde, nach zahlreichen Dementis zugeben müssen, daß sie Coltan aus dem Osten der DRKongo bezogen hatte.

Die große Besonderheit des Berichts der UNO-Experten ist und bleibt zweifellos, wie eine kongolesische Tageszeitung in ihrer Ausgabe vom 23.10.02 schrieb, dass sich die Quellen der Plünderung in den Zentren der Macht in Kinshasa, Goma und Gbadolite befinden. Namentlich werden einige kongolesische Minister, hohe Funktionäre und Führer der bewaffneten Opposition genannt, die, ihre Position in der Regierung bzw. in der Administration nutzend, Ausländern dabei geholfen haben, verschiedene kriminelle Netzwerke und Strukturen zu gründen, um die kongolesischen Rohstoffe illegal auszubeuten und den Schmuggel und die Kapitalflucht zu begünstigen.

In diesem Zusammenhang spricht der Report von 5 Milliarden US-\$, die mit Hilfe des in der von der Regierung kontrollierten Zone agierenden Netzwerks in Zusammenarbeit mit simbabwischen Verantwortlichen, im Laufe der letzten 3 Jahre, aus

den Aktiva der nationalen Minengesellschaften der DR Kongo zugunsten von privaten Firmen ins Ausland transferiert wurden. Unter den wichtigsten Beteiligten auf kongolesischer Seite sind, laut dem Bericht, der Minister für öffentliche Sicherheit (Mwenzé Kongolo) und der Präsidentschaftsminister (Katumba Mwanke).

Mwenzé Kongolo hat in einem Brief vom 31.10.02 an den UNO-Generalsekretär gegen seine namentliche Nennung in dem Bericht protestiert.

Das, was man aus dem Bericht des UNO-Experten-Panels im Gedächtnis behalten muss, ist die Evidenz, dass die Prediger der demokratischen Illusionen in unserem Land nicht in der Lage sind, weder Richtlinien zu liefern noch die Mentalität aufkommen zu lassen, die für die Umsetzung der Erwartung der Bevölkerung notwendig sind, nämlich das Ende der Kultur der Mittelmäßigkeit und die Errichtung eines Sozial- und Rechtsstaates in der DR Kongo. Wir beobachten im Gegenteil, dass die Propagandisten des unilateralen, unidimensionalen Denkens versuchen, das Streben des Volkes nach Demokratie und Freiheit zu kanalisieren und vom (rechten) Weg abzubringen, um entweder an die Macht zu gelangen oder die Macht für sich zu erhalten.

Die Implikation der kongolesischen politischen Persönlichkeiten sowohl aus der Regierung als auch aus der bewaffneten Opposition ist der manifeste Ausdruck der Mediokrität derjenigen, deren eigentliche Funktion darin besteht, den Wohlstand der Kongolesen und Kongolesinnen zu gewährleisten. Trotz der Schwere der den Regierungsmitgliedern zur Last gelegten Vorwürfe kleben sie an ihren Sesseln.

Der kongolesische Informationsminister hat vor kurzem versucht, das Verbleiben von Mwenzé Kongolo, Katumba Mwanke und anderer in ihren Ämtern mit der karikaturenhafte Argumentation zu verteidigen, daß sie durch die Regierung beauftragt wurden, diese im Vorstand der kongolesisch-simbabwischen Mischgesellschaften zu vertreten. Ist dies eine Legitimation zur aktiven Beteiligung an der systematischen Plünderung der Naturressourcen der DR Kongo? Das glauben wir nicht. Er fügte hinzu, daß die Zitierten bis auf weiteres das Recht auf das Prinzip der "Unschuldsvermutung" und darauf, sich zu verteidigen haben. Für uns ist dies selbstverständlich. Im gleichen Atemzug aber erinnern wir an das Schicksal zahlreicher Kongolesinnen und Kongolesen, die willkürlich verhaftet werden und manchmal jahrelang ohne Anklage in verschiedenen illegalen Kerkern der verschiedenen Sicherheitsdienste oder in Gefängnissen hocken.

Der kongolesische Außenminister, She Okitundu, warf dem Experten-Panel während der Sitzung des Sicherheitsrates der UNO zu dem Report vor, eine unzulässige Vermischung begangen zu haben, indem es die echten Plünderer, sprich Ruanda und Uganda, mit den Alliierten der DR Kongo (Simbabwe) in einen Topf wirft. An dieser Stelle machen wir klar, dass der UNO-Report in keiner Weise die Entschädigung, die die Regierung in Kinshasa an die simbabwische Regierung für die Präsenz ihrer Truppen an der Seite der kongolesischen Armee leisten muss, in Frage stellt. Angeprangert werden die kriminellen Aktivitäten einiger simbabwischer und kongolesischer Verantwortlicher, die ihre Position ausnützen, um ihre privaten Taschen zu füllen.

Wir sind der festen Meinung, dass die im Bericht der UNO-Expertengruppe beschuldigten Mitglieder der Regierung und der Administration bis zur Klärung des

Sachverhaltes ihre Ämter niederlegen sollten. Dies wird es der Justiz ermöglichen, die Ermittlungen ohne Hindernisse einzuleiten und zu Ende zu führen.

Die Zeit der Aktion und der Klarheit ist gekommen. Zeit der Aktion und der Klarheit, in der die Änderungsideen in die Tat umgesetzt werden müssen. Der Sozial- und Rechtsstaat ist eine Chance, die das kongolesische Volk ergreifen muß. Wenn wir ihn nicht rechtzeitig aus den Flanken des aktuellen Regimes, das ihn verhindert, entreißen, wird die Gesamtgesellschaft in die Barbarei zurückfallen.

Der Ball ist im Feld des kongolesischen Volkes. (Berlin, 3.11.2002)

DRC: Kinshasa to open inquiry into UN report on resource pillage

Auch in Kinshasa hat der Bericht des UN-Panels einige politische Bewegung ausgelöst. Die drei beschuldigten Minister im Kabinett Joseph Kabila - Mwenze Kongo (Sicherheit), Katumba Mwanke (Präsidialamt), Nyembwe Kazadi (Information) - wurden vom Dienst suspendiert. Die Regierung gibt sich entschieden, die Beschuldigungen gründlich untersuchen zu lassen. Angesichts der grassierenden Korruption dürften diese Ankündigungen aber wohl kaum auf etwas anderes als ein „Bauernopfer“ hinauslaufen. Anders als im Panelbericht vom April 2001 wurde im neuen Bericht die Staatsführung verschont. Es gibt aber absolut keinen Grund zur Annahme, dass die Korruption vor dem engsten Führungszirkel halt macht.

IRIN 1.11.2002 - The public prosecutor of the DRC is to open an inquiry into allegations made last week in a UN report on the illegal exploitation of the natural resources of the DRC. "We are going to begin an investigation that could lead to legal action being taken, if possible," Luhonge Kibinda Ngoyi, the DRC public prosecutor, told IRIN on 25 October. "This inquiry is aimed at enabling us to verify if what the report said is true," he said. The DRC government spokesman, Kikaya Bin Karubi, said it was necessary to give people cited in the report the opportunity to defend themselves. Overall, however, Kikaya said he thought the UN report was quite favourable for the DRC. "This report has enabled the world to understand that Rwanda did not come to the Congo simply for reasons of security, as it has claimed," he said at a news conference on Thursday. "It is in our country primarily to pillage, in collaboration with those responsible for the genocide" of 800,000 ethnic Tutsis and politically moderate ethnic Hutus in Rwanda in 1994. [Full report at: <http://www.irinnews.org/print.asp?ReportID=30612>]

UNO-Vorhang frei für Kongos Opposition

Francois Misser

(taz-Bericht, 12.11.2002) In der Demokratischen Republik Kongo fordert die Zivilgesellschaft Konsequenzen aus den Erkenntnissen einer UN-Kommission über die illegale Ausbeutung der natürlichen Reichtümer des Landes. Die Kirchen übernehmen dabei rhetorisch die Führung

"Skandal an der Dorfspitze" heißt die neueste Theatersensation in Kinshasa. Satirische Szenen über Krieg und Rohstoffplünderung, gespielt von einer 15 Personen starken Schauspielertruppe, begeistern die Menschen in der kongolesischen Hauptstadt und führen ihnen drastisch die Frage vor, die sie derzeit am meisten bewegt: Wohin gehen die Bergbauprodukte und natürlichen Reichtümer eines der potenziell reichsten und tatsächlich ärmsten Länder der Welt?

Mit der Theaterinitiative will die Menschenrechtsgruppe "Stimme der Stimmlosen" (VSV) ihre Forderung nach Gerichtsverfahren gegen die "Ausplünderer" des Kongo unterstreichen, erklärt VSV-Präsident Floribert Chebeya. Er reagiert damit auf den neuesten Bericht der UN-Untersuchungskommission über die illegale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Demokratischen Republik Kongo.

Der am 21. Oktober veröffentlichte Bericht legt detailliert da, wie die Ausplünderung des Kongo durch "Elite-Verbrechernetzwerke" auch nach dem Abzug der Armeen Simbabwe und Angolas auf Regierungsseite sowie Ugandas und Ruandas auf Rebellenseite weitergeht. Verantwortliche in diesen Ländern sowie im Kongo werden namentlich genannt, ebenso die beteiligten ausländischen Firmen, und es werden UN-Strafmaßnahmen gefordert. Der UN-Sicherheitsrat diskutierte darüber am 5. November, aber er traf keine Entscheidung, und das weitere Vorgehen ist unklar.

In Ermangelung konkreter Reaktionen des Landes tritt nun die Zivilgesellschaft des Kongo auf den Plan. Der geachtete katholische Erzbischof von Kisangani, Laurent Monsengwo, nannte auf einer Pressekonferenz in Brüssel die "illegale und anarchische Ausbeutung" seines Landes einen "moralischen und politischen Skandal" und verdamnte die "korrupte, gierige und unverantwortliche politische Klasse" des Kongo. Der katholische Kardinal Frédéric Etsou hat im Namen aller Religionsgemeinschaften den Rücktritt hoher Regierungsmitglieder gefordert, die in dem Bericht im Zusammenhang mit dubiosen Rohstoffgeschäften genannt werden: Sicherheitsminister Mwenze Kongolo, Präsidialminister Augustin Katumba Mwanke, Planminister General Denis Kalume.

In den Bergbaugebieten unter Kontrolle der Regierung von Präsident Joseph Kabila sind die Konsequenzen noch drastischer. Ende Oktober demonstrierten in Lubumbashi, Hauptstadt der reichsten Bergbauprovinz Katanga, streikende Lehrer für die Zahlung ausstehender Gehälter und skandierten: "Gebt uns unser Germanium!" Sie nahmen Bezug auf ein von der internationalen Rüstungsindustrie nachgefragtes Mineral, das sich in den Abraumhalden der stillgelegten Kupfer- und Kobaltminen bei Lubumbashi findet. Die US-amerikanisch-finnische "OM Group" beutet es in einem Joint-Venture aus, ohne ihren kongolesischen Partner zu bezahlen, die Staatsfirma Gécamines. Eine Demonstration von Gécamines-Arbeitern Anfang November wurde verboten. Ende letzter Woche kam es zu Unruhen auf einem Markt in Lubumbashi mit fünf Toten.

In der zentralen Provinz Kasai mussten die Behörden Anfang November angesichts wachsender Unruhe die Leitung der staatlichen Diamantenfirma Miba entlassen. Die Miba-Konzessionen um die Provinzhauptstadt Mubji-Mayi, die zu den reichsten Diamantenminen der Welt gehören, sind laut UNO an Freunde Kabilas und Simbabwe vergeben worden. Amnesty international berichtete vor kurzem, dass kongolesische und simbabwische Soldaten dort immer wieder illegale Diamantenschürfer töteten.

Der UN-Bericht wirft auch einen Schatten auf die in Südafrika laufenden Verhandlungen zwischen Kongos Kriegsparteien über eine friedliche Teilung der Macht. Olivier Kamitatu, Generalsekretär der nordkongolesischen Rebellenbewegung MLC (Kongolesische Befreiungsbewegung), fordert den Ausschluss aller im Bericht genannten Personen aus den angepeilten Übergangsinstitutionen. Da alle Kriegsparteien von der UNO kritisiert werden, wachsen ohnehin Zweifel daran, wie eine Einigung zwischen plündernden Rebellen und raubender Regierung über die Teilung der Macht der Bevölkerung des Kongo helfen soll.

Die Regierung reagiert empört auf die Vorwürfe der zivilen Opposition. Kardinal Etsou "manipuliert" die öffentliche Meinung, schrieb die Kabila-treue Tageszeitung *LAvenir*. Kommunikationsminister Kikaya Bin Karubi verurteilte im Fernsehen "die politische Lynchjustiz und die mediale Knüppelung der Regierung seit der Veröffentlichung des Berichts". Exaußenminister Abdoulaye Yerodia nannte den UN-Bericht eine Fälschung vom Kaliber der angeblichen Massengräber von Timisoara in Rumänien kurz vor dem Sturz des dortigen Diktators Nicolae Ceausescu 1989 und warnte: "Wer versucht, die Revolution von Laurent-Désiré Kabila zu liquidieren, wird auf den Widerstand all jener stoßen, die daran beteiligt waren."

Peinlich wird es auch für die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds, deren Einschätzung, wonach sich die Qualität des Regierungshandelns im Kongo verbessere, vom UN-Bericht verrissen wird. Der zuständige Politiker für das 1,7 Milliarden Dollar umfassende Kongo-Wiederaufbauprogramm der Weltbank ist Planminister Kalume, der im Bericht als ein Mitverantwortlicher für die Ausplünderung des Landes genannt wird.

taz Nr. 6902 vom 12.11.2002, Seite 11

Bericht: BAYER-Tochterfirma H.C. STARCK sagt die Unwahrheit

Pressemitteilung der „Coordination gegen Bayer-Gefahren“ vom 24. Oktober 2002

Die Coordination gegen Bayer-Gefahren hat in Deutschland als erste Organisation mit einer Presseerklärung auf den UN-panel-Bericht vom Oktober 2002 reagiert. - In letzter Zeit hat es u.a in Sachen Coltan einen Briefverkehr zwischen Uschi Eid (die für Afrika zuständige parlamentarische Staatssekretärin im BMZ) und der pax christi-Kommission Solidarität mit Zentralafrika gegeben. Thema dabei war u.a. die [kommende Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat. Wird die Bundesregierung in Sachen fatal transactions afrikapolitisch etwas einbringen? Der Panel-Bericht vom Oktober 2002 beschuldigt keine Staatsführer und lässt die Embargo-Forderung ganz fallen. Im ersten größeren Bericht vom April 2001 war das noch anders. Denkbar, dass dies auf Absprachen hinter der Bühne zurückgeht. In einem Brief spricht Uschi Eid von dem "vom BMZ eingeleiteten Dialog mit involvierten deutschen Firmen". Die Coltan-Problematik ist nun schon seit längerem bekannt, doch alles zusammen genommen bemerkt selbst der UN-panel Bericht, dass H.C. Starck offenbar nicht immer hart an der Wahrheit festhält. Was für ein Dialog soll das sein, der hier angeblich „eingeleitet“ ist – mehr als 1 ½ Jahre nach dem ersten, für Deutschland skandalösen Panel-Bericht? In Belgien gibt es zum Thema Ressourcenplünderung in der DR Kongo längst eine parlamentarische Untersuchungskommission. Gewiss geht es in Brüssel auch um Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit, aber dass in Deutschland bisher nichts in der Richtung anläuft,](#)

wächst sich immer mehr zum Skandal aus. [Unsere Partner im Kongo wissen sehr wohl einzuordnen, wenn Karl-Heinz Albers in Kigali eine Niob-Mühle aufbaut. Und das soll kein Thema für politische Initiativen sein?](#)

Ein in dieser Woche veröffentlichter Bericht der UNO zu Rohstoffexporten aus dem kongolesischen Bürgerkriegsgebiet bezichtigt die Goslarer Firma H.C. STARCK der Lüge. Das zum BAYER-Konzern gehörende Unternehmen behauptete Anfang des Jahres in einer Pressemitteilung, seit Sommer 2001 keine Rohstoffe mehr aus Zentralafrika zu beziehen. Der UNO liegen jedoch Dokumente vor, nach denen H.C. STARCK von der in Bukavu/Kongo ansässigen Firma EAGLE WING weiterhin das Mineral Coltan bezieht und somit die Kriegswirtschaft im Kongo am Leben erhält. Auch die Aussage der Firma, in der Vergangenheit lediglich mit Partnern kooperiert zu haben, die "keine Abgaben an Rebellenorganisationen leisten oder geleistet haben oder in anderer Form mit diesen kooperieren" wird als unwahr bezeichnet.

Wörtlich heißt es in dem Bericht der UNO: "In a press statement issued on 24 May 2002, H. C. STARCK reiterated that the company had purchased no material originating in Central Africa since August 2001. The Panel possesses documents showing the contrary. In the same press release, H. C. STARCK claimed that its coltan originates from "peasant suppliers" and not from rebel groups. In fact, no coltan exits from the eastern Democratic Republic of the Congo without benefiting either the rebel group or foreign armies." Der Bericht wird am heutigen Donnerstag dem UN Sicherheitsrat vorgelegt.

Nach Angaben der UNO wird der Krieg im Kongo wegen des "Zugangs zu und der Kontrolle von fünf Rohstoffen, darunter Coltan" geführt. Die ruandische Armee und die von Ruanda unterstützte Rebellengruppen RCD finanzieren sich weitgehend mit dem Verkauf von Coltan. Die UNO-Experten empfehlen dem Weltsicherheitsrat, "restriktive Maßnahmen" gegen Firmen zu ergreifen, die an der "Plünderung der Ressourcen" des Kongos beteiligt seien.

In einem weiteren von der UNO untersuchten Fall bezog die thailändische Niederlassung von STARCK falsch deklariertes Coltan, das ebenfalls aus dem Kongo stammt. Nach Angaben der UNO war STARCK die Herkunft des Materials bekannt. Somit verstoße die Firma gegen die Richtlinien der OECD für multinationale Konzerne.

Die Firma H.C. STARCK ist Weltmarktführer für das in Coltan enthaltene Metall Tantal. Bereits in der Vergangenheit hatte das Unternehmen mehrmals die Unwahrheit gesagt. So äußerten Unternehmenssprecher gegenüber der Presse, erst Mitte 2001 auf die Problematik aufmerksam geworden zu sein. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren hatte aber bereits im Jahr 2000 in einem Brief an das Unternehmen gefordert, wegen der Finanzierung von Kriegsparteien den Import aus dem Kongo einzustellen, hierauf jedoch eine unverbindliche Antwort erhalten.

Eine weitere Spur führt aus dem Kongo nach Kasachstan: Große Teile des in Zentralafrika geschürften Coltans werden an die Atomfabrik Ulba Metallurgical Plant geliefert. H.C. STARCK hat in der Vergangenheit bei der Entsorgung von Giftstoffen eng mit der kasachischen Atomindustrie kooperiert. Ob STARCK auch über den Umweg nach Kasachstan Coltan bezieht, wollte die Firma auf Anfrage nicht beantworten.

Philipp Mimkes, Sprecher der Coordination gegen BAYER-Gefahren: "H.C. STARCK trägt Mit-Verantwortung für die grauenhaften Kämpfe in Zentralafrika, denen bereits Hunderttausende zum Opfer fielen. Wir fordern die Firma auf, den Tantal-Import aus dem Kongo umgehend einzustellen und alle Partner vor Ort offenzulegen."

Nach Angaben der UNO führt der zwangsweise Einsatz von Landarbeitern in der Rohstoffproduktion zu einem Rückgang der Produktion von Nahrungsmitteln im Kongo. Unterernährung sowie die anhaltenden Kämpfe bedingen eine der höchsten Sterblichkeitsraten der Welt - in den letzten fünf Jahren sollen 2-3 Millionen Menschen ums Leben gekommen sein.

Gerne senden wir weitere Informationen zu: den vollständigen UNO-Bericht, einen Hintergrundartikel sowie Presseberichte. Der Bericht ist unter <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=5102&Cr=dr&Cr1=congo> einsehbar.

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.
CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.de
Tel: 0211-333 911
Fax: 0211-333 940

Coltan: Spiegel-Leserbrief von Volker Riehl (ÖNZ)

Volker Riehl (Ökumenisches Netz Zentralafrika)

Reaktion auf Ihren Artikel ‚Dubiose Partner‘, SPIEGEL, 28.10.2002

Der Fluch der Ressource

Die Verstrickung der Bayer-Tochter H.C. Starck in der Kriegsfinanzierung in der Region der afrikanischen Grossen Seen durch Koltanabnahme wird von den Vertretern der kirchlichen humanitären Werke, die in der Region aktiv sind, seit Jahren betont. Die Abnahme von Koltan und anderen Bodenschätzen aus Zentralafrika führt direkt zur Finanzierung von Waffen, zur Verlängerung des Krieges und zu Not und Elend der Bevölkerung.

Wir haben keinen Anlass anzunehmen, dass die Beteuerungen von H.C. Starck, kein Koltan aus der Region mehr zu beziehen diesmal richtiger sind als früher. Es geht einfach nicht an, dass am Ende deutsche Spenden- und Steuergelder, die zur Entwicklung der Region gegeben werden, von zentralafrikanischen war lords , die ihre Waffen aus dem Verkauf von Koltan bezahlen, konterkariert werden.

Natürliche Ressourcen sind per se kein fataler Fluch für Entwicklungsländer. Ganz im Gegenteil können sie zur sozialen und ökonomischen Entwicklung beitragen; doch in diesem Fall führt der Ankauf von Koltan, dass aus dem Kriegsgebiet stammt dazu, dass die Kriegskassen der Kriegsherren in Zentralafrika sich füllen.

H.C. Starck muss nachprüfbar versichern, dass für die Zukunft kein Koltan, das aus der Kriegsregion Zentralafrikas stammt, in Deutschland verarbeitet wird. Die Firma hat nach der übereinstimmenden Ansicht der kirchlichen Hilfswerke und des UN-Panels gegen die ‚OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen‘ verstoßen. Dieses Dokument wurde u.a. von der deutschen Regierung und der Firma Bayer unterzeichnet. Die deutsche Bundesregierung muss die Firma drängen, nachprüfbar für die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtung zu sorgen.

Es ist wäre Schande für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, wenn dieser Makel deutscher Verstrickung im Ersten Weltkrieg Afrikas ein für alle Mal nicht beendet werden könnte. Sonst wäre dass das internationale Ansehen Deutschlands nachhaltig geschädigt.

L’Allemand Karl-Heinz Albers veut produire à Kigali des ferro-alliages à partir du niobium congolais illégalement exploité à l’est du Congo

Im folgenden Artikel geht es um den Aufbau einer Anlage zur Niob-Verarbeitung in Kigali durch den deutschen Geschäftsmann Karl-Heinz Albers (SOMIKIVU bzw. Masingiro GmbH). Albers, der u.a. zwei Minen in Lueshe (80 km nördlich von Goma) unterhält, wird durch die Berichte der VN-Arbeitsgruppe zur illegalen Ausbeutung von Rohstoffen schwer belastet.

Alors que la Rd-Congo et le Rwanda sont en guerre, un industriel allemand, Karl-Heinz Albers, a décidé de produire à Kigali, au Rwanda, du matériel hautement stratégique, dont des ferro-alliages destinés à l’industrie technologique de pointe, à partir du niobium congolais illégalement exploité à Lueshe, un fabuleux site de la province du Nord-Kivu, dans l’est de la République Démocratique du Congo dévasté. La Société Minière du Kivu, SOMIKIVU - citée dans tous les rapports des Nations Unies portant sur l’exploitation illégale des ressources naturelles de l’ex-Zaïre, a ainsi, pince-sans-rire, décidé de passer le Rubicon.

Le 16 juin dernier, son patron, le richissime Allemand Karl-Heinz Albers, a porté sur les fonts baptismaux une fonderie qui coûtera à terme une bagatelle d’au moins 4 millions de dollars US consistant à réhabiliter et à rénover un vieil établissement désaffecté, l’ancienne fonderie de Karuruma, dans la banlieue de la capitale rwandaise, tombé en faillite que le gouvernement a récemment privatisé sur décision de son service de privatisation vendant des entreprises publiques reconnues comme des « canards boiteux. » Le projet, la Niobium Mining Company Métallurgie Sarl, en abrégé NMC-Métallurgie Sarl, vise à étendre la production, à fabriquer des ferro-alliages et à traiter de la ferraille à Kigali, au Rwanda, à partir du niobium (pyrochlore) produit à Lueshe par la SOMIKIVU et qui serait évacué par camions et avions entiers.

La NMC-Métallurgie Sarl appartient à un consortium international où l’on trouve la Niobium Mining Company Ltd., en sigle NMC, une société établie à Londres et créée en 1998. Son objet est de fournir des capitaux d’investissement, de développer et de gérer des projets de niobium et de tantale à travers le monde. La firme fait partie du Groupe KHA International AG (lisez Karl-Heinz Albers), de même que de MASINGIRO GMBH, une société allemande faisant, entre autres, le commerce du tantale

et du niobium et fournissant de l'équipement et des biens de consommation à des projets miniers, et de KHA-TEC GmbH, autre société allemande spécialisée dans des opérations de mines, d'analyse d'échantillons en laboratoire et d'élaboration de procédés miniers.

Selon Karl-Heinz Albers, le but de la NMC-Métallurgie Sarl est, à «long terme, de fournir une source d'amélioration du niveau de vie de la population rwandaise, en particulier des habitants de Kigali. Le projet augmentera non seulement les revenus mais aussi le savoir-faire technique de la population rwandaise, le but étant d'en faire une des mieux formées d'Afrique Centrale. »

Exemple type d'opération maffieuse.

La production de métaux et d'alliages métallurgiques prévus à Kigali et l'exportation de ces produits de valeur "vont générer pour le Rwanda, explique Karl-Heinz Albers, d'importantes sommes en devises permettant l'achat de biens et de services à l'étranger. Ceci aidera sans doute le développement du Rwanda et contribuera à la stabilisation de la région."

La NMC-Métallurgie Sarl., mettra sur pied un laboratoire d'analyses unique en Afrique Centrale utilisant les instruments d'analyses de pointe. Les minerais et métaux seront analysés pour les composants les plus petits en utilisant ces instruments. La NMC-Métallurgie est conçue selon les dernières normes technologiques. Elle "bénéficiera non-seulement à la société établissant la nouvelle unité de production mais aussi à l'environnement plus large. Des nouvelles méthodes de penser concernant des activités d'équipes seront appliquées point par point afin de réaliser les objectifs fixés par le Projet et de prendre des mesures pour assurer le succès du chemin choisi dans l'avenir avec l'industrie de pointe et de nouveaux savoir-faire. L'installation de la Fonderie de Karuruma permettra au Rwanda d'être à la pointe de l'industrie de haute technologie et ses habitants seront parmi les mieux formés en l'espace."

Selon les chiffres fournis par Karl-Heinz Albers, les coûts d'investissement initiaux (Phase I) s'élèvent à un total de USD 1.436.000. Les coûts estimatifs pour les Phases II et III s'élèveront à USD 500.000 pour chaque phase. Soit un investissement supplémentaire d'un total de USD 1 million. En plus de l'investissement estimé de USD 2,5 million pour les phases 1-3, 15% (USD 37.500) pour les plans d'urgence ainsi que USD 1,5 millions pour les coûts de commencement et capital roulant doivent être ajoutés. Au total, la NMC-Métallurgie Sarl représente un investissement de USD 4.037.500.

Le problème est que la SOMIKIVU est citée comme l'exemple type d'opération proprement maffieuse. Daté de l'époque du régime Mobutu en décadence, son promoteur Karl-Heinz Albers réussit à signer un contrat d'amodiation au terme duquel il faisait main basse sur un site fabuleusement riche à l'est de la Rd-Congo, sans avoir à payer la moindre petite taxe à l'état pour une période de... 15 ans !

Or, depuis, ce curieux contrat, digne d'un hold-up financier international, a été régulièrement reconduit au point où de la période initiale de 15 ans, la SOMIKIVU en est aujourd'hui à près de vingt ans à exploiter le tantale, le coltan, la cassitérite et le pyrochlore (niobium), sans que la société n'ait versé un dollar à l'Etat congolais. Futé,

l'Allemand avait toujours invoqué l'insécurité récurrente dans le pays pour négocier, contre corruption de hauts fonctionnaires de l'Etat, la reconduction des délais.

Ces dernières années, il a eu pour complices des rebelles congolais dont l'ancien «ministre» des Finances, Budget et Portefeuille du mouvement rebelle pro-rwandais, le RCD-Goma, Emmanuel Kamanzi, qui fut chargé de l'accompagnement des réfugiés. À l'époque de la précédente rébellion de l'AFDL de feu Laurent-Désiré Kabila, avant de devenir l'un de ses représentants locaux, mais aussi des hommes bien placés dans la haute structure militaire rwandaise.

L'autre problème est que la Rd-Congo et le Rwanda sont en guerre, qui est loin de prendre fin, en dépit de la signature de différents accords de cessez-le-feu. Selon quelle législation internationale des richesses hautement stratégiques du sous-sol congolais, tel le niobium, peuvent être exploitées en Rd-Congo, transportées par camions et avions entiers au Rwanda pour être transformées en produits finis dans une entreprise rwandaise? «C'est comme à l'époque de l'occupation de la France par Hitler, celui-ci pouvant voler de la richesse française pour la vendre en Allemagne. Ce qu'il fut d'ailleurs et on en connaît les suites», se lamente un activiste de la Société civile.

Dans la ligne de mire de la justice internationale. L'Allemand Karl-Heinz Albers est cité dans des opérations de trafic d'influence et de pratiques financiers illégales. Dans son nouveau projet, la NMC-Métallurgie Sarl, il a pris pour complice un ancien banquier belge de Kigali, John Maddere, qui a co-dirigé une banque rwandaise, la BCR, la Banque Commerciale Rwandaise, tombé il y a deux ans dans le déshonneur, pour absence de professionnalisme et manipulation financière, selon la petite place financière rwandaise.

Accusée de financer la guerre et la rébellion congolaise pro-rwandaise par un team des Nations-Unies ayant enquêté en Rd-Congo sur ordre du Conseil de sécurité des Nations Unies, la SOMIKIVU est fichée par Interpol et donc par la justice internationale et est désormais dans la ligne de mire du gouvernement congolais. Les groupes de résistance congolaise pro-gouvernementaux, les Mai-Mai, ont eux aussi les yeux braqués sur le fabuleux site de Lueshe et veulent en chasser l'Allemand, qui serait alors poursuivi par le gouvernement de Kinshasa pour sa longue collaboration avec la rébellion.

Il y a trois ans, alors que la campagne internationale sur l'exploitation illégale des richesses de l'ex-Zaïre faisait rage et déstabilisait le pouvoir politique rwandais, les dirigeants de Kigali avaient lâché la SOMIKIVU, la présentant comme l'exemple vivant de pratiques financières illégales et amORALES de différents gouvernements congolais. (*lesoftonline.net 18/10/2002*)

DRC: Police in Brussels arrest Belgian businessman suspected of corruption

Im folgenden Artikel geht es um die Verhaftung des belgischen Geschäftsmanns Jacques Van den Abeele wegen Betrug und Geldwäsche in Zusammenhang mit dem Coltan-Schmuggel.

BRUSSELS, 7 November (IRIN) - Police in Brussels have arrested Belgian businessman Jacques Van den Abeele for forgery and money laundering, Le Soir newspaper has reported, quoting the city prosecutor.

The daily reported that Van den Abeele was accused involvement in a major operation to smuggle coltan, a rare mineral being mined in a rebel-held area in the Democratic Republic of the Congo (DRC) and used in the manufacture of and telecommunications equipment, such as mobile phones.

According to the Brussels prosecutor, "each month, several million dollars accruing from this trafficking ended up in Belgian bank accounts". The money was then being transferred to Rwanda, where it was used to finance Rwandan guerrillas in the DRC. The Belgian judicial authorities had frozen the accounts used in these transactions, the paper reported.

Van den Abeele is the manager of Cogecom, a DRC-based import-export business founded in 1992. The firm is cited in the latest report of the UN panel on exploitation of mineral resources of DRC as one of those "violating the Organisation for Economic Cooperation and Development guidelines for multinational enterprises".

Belgian judicial authorities said Van den Abeele was only an intermediary for a highly complex network headed by Aziza Kulsum, alias Mrs Gulamali. She led the Societe miniere des Grands Lacs (Somigl), the company was used from November 2000 to April 2001 to organise the coltan monopoly to the benefit of the pro-Rwandan Rassemblement congolais pour la démocratie (RCD-Goma).

The Antwerp-based IPIS research centre revealed in January that Somigl had sold 60 mt of coltan to Cogecom in 2000. "Under the RCD's taxation system, the 60 mt exported by Cogecom should have generated tax revenue of US \$600,000 for the RCD. Cogecom's profit can be estimated at between \$2.5 million to \$4 million," IPIS reported.

"Mr Van den Abeele declined to reveal any information about the destination of the exports and the identity of his shipping agents," it added.

Belgische Verhaftungen von Coltan- und Goldhändlern decken Rohstoffgeschäfte von Kongos Rebellen auf

Partner der Geschäftsbaronin Gulamali sitzen wegen Geldwäsche

Francois Misser (taz 22.11.2002)

Eine Welle von Verhaftungen in Belgien ist im Begriff, Kongos Rebellen finanziell in den Ruin zu treiben. Das erste Opfer war am 4. November Jacques Van Den Abeele, belgischer Direktor der Firma Cogecom, die Coltan aus dem Gebiet der Rebellenorganisation RCD (Kongolesische Sammlung für Demokratie) exportiert. Zwei Tage später wurden die belgische Bank BBL (Banque Bruxelles Lambert) durchsucht und mehrere millionenschwere Konten dort beschlagnahmt. Aus Gerichtskreisen ist zu hören, dass diese Konten dazu dienten, Einnahmen aus dem

Coltanverkauf nach Ruanda zu schicken, wo die RCD darauf Zugriff hatte. Cogecom ist in verschiedenen Studien über den Handel mit Coltan, einem in der Herstellung von Handys benötigten seltenen Erz, als ein Hauptabnehmer der kongolesischen Rebellen genannt worden.

Die belgische Studiengruppe IPIS schätzt den Profit der Firma aus dem Coltanexport auf 2,5 bis 4 Millionen Dollar, ihre Steuerzahlungen an die RCD auf 600.000. Nach Ansicht der belgischen Ermittler war Van Den Abeele Teil eines Netzwerks um die berühmte Händlerin Aziza Gulamali Kulsum. Die asiatischstämmige Kongolesin aus der ostkongolesischen Grenzstadt Bukavu war in den Neunzigerjahren Freund und Waffenlieferant des burundischen Hutu-Rebellenführers Léonard Nyangoma.

Zwischen November 2000 und April 2001, als der Weltmarktpreis für Coltan im Zuge des weltweiten Mobilfunkbooms Spitzenwerte erreichte, hatte die RCD ihr das Coltan- Handelsmonopol gewährt (taz vom 22.12.2000). Sie gilt jetzt in den Augen der belgischen Ermittler als "flüchtig". Belgiens Justiz interessiert sich nicht nur für Coltan. Am Mittwoch gab die belgische Polizei die Festnahme eines weiteren Geschäftspartners von Aziza Gulamali bekannt: Zulfakarim Panju, ein 60-jähriger Kanadier ebenfalls indopakistanischer Herkunft, der nach RCD-Angaben zeitweise der größte Goldexporteur aus dem Rebellengebiet war. Bei seiner Festnahme auf dem Flughafen von Brüssel am Montag trug er fünf Zehnkilobarren reinen Goldes in einem Rucksack. Nach Angaben der Ermittler hat Panju seit vier Jahren alle 15 Tage eine solche Menge Gold nach Antwerpen getragen, wo es eingeschmolzen und dann verkauft wurde.

Der Erlös wurde auf Konten bei der BBL eingezahlt, für die Panju und Frau Gulamali zeichnungsberechtigt sind. Die Konten gehören einer Firma, an der die RCD ein Viertel der Anteile hält. Die Polizei schätzt, dass die RCD auf den Mineralienexport eine Steuer von 0,75 Prozent erhob und mit dem Geld ihre Kämpfer mit Fahrzeugen, Waffen und Uniformen ausrüstete. Weil der Ankauf von Coltan und Gold aus Kongos Rebellengebieten an sich nicht verboten ist, können die Belgier als Anklagepunkte nur "Fälschung" und "Geldwäsche" geltend machen. Die Affäre könnte sich dennoch ausweiten, weil die Ermittler davon überzeugt sind, dass auch Geld auf Konten in der Schweiz, den USA und Großbritannien geflossen ist. Rechtshilfe hat Belgien bereits von der Schweiz eingefordert - offen bleibt, ob auch ein Ersuchen nach Deutschland geht, weil deutsche Unternehmen auch Coltan aus dem RCD-Gebiet des Kongo erworben haben. (taz Nr. 6911 vom 22.11.2002)

Belgian minister criticises exploitation report

BRUSSELS, 31 October (IRIN) - While the report of the UN Panel on the exploitation of natural resources of the Democratic Republic of the Congo "undeniably underlines the link" between the foreign troops that were there and economic exploitation of the country, it failed to propose ways of distinguishing the legal from the illegal, Belgian Deputy Foreign Minister Annemie Neyts said on Wednesday.

"Immoral doesn't mean illegal, and this point is still unclear," she added. She was speaking at a Brussels news conference concluding a seminar she initiated on "doing business in conflict areas: ethical and legal challenges".

Almost 160 participants attended, representing official bodies such as Belgian ministries, the EC, the Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD), the UN, embassies, European companies, international NGOs and universities.

"We haven't reached a common approach, but the exchange was open and constructive", she told reporters. The main point of difference, she said, was of participants who favoured sanctions against "non-ethical" companies, and those in favour of self-regulation and the application of codes of conduct.

In further criticism of the UN panel report, she said "many companies" included in its annex were not mentioned in the body of the text. An analyst said that 21 of 85 Belgian companies were cited in the list of "business enterprises considered by the Panel to be in violation of the OECD Guidelines for Multinational Enterprises".

However, Neyts said, Belgium would comply with the UN Panel's recommendations, after the Security Council reviewed them on 6 November. "We shall obviously apply its recommendations," she said.

Belgian NGOs at the seminar warned of a potential "burying" of the recommendations of the UN Panel. "Belgium should now be prepared to implement the sanctions proposed by the experts," Indra Van Gisbergen, a member of an umbrella body of Flemish NGOs, said. "The need for further investigation cannot be a pretext for a wait-and-see attitude. To promote only a code of conduct is insufficient".

Völkerrechtliche Einschätzung: Bemerkungen zu den Zeitungsartikeln der TAZ und IRIN News

Ein Kommentar

Silke Therhaag

Einzelpersonen können völkerrechtlich (noch) nicht belangt werden. Davon abhängig ist zunächst die tatsächliche und nicht nur rechtliche Erschaffung des internationalen Strafgerichtshofes. Außerdem bedarf es für eine Anklage vor dieser Behörde der Verwirklichung bestimmter Straftatbestände: z.B. Verbrechen gegen die Menschlichkeit (bes. schwere Menschenrechtsverletzungen) oder Völkermord.

Selbst wenn darüber hinaus aber Völkerrecht bereits permanent instrumentalisiert wäre, ist zu unterscheiden zwischen der Haftung der Staaten und Individuen; wobei sich letzteres wiederum in private Handlungen und hoheitliche Handlungen des Individuums aufteilen läßt. Es läßt sich hier deutlich erkennen, daß es um die Haftung von Staatsoberhäuptern geht, nie um „den kleinen Mann“. Der Begriff Völkerrecht ist insoweit irreführend, als er verdeckt, dass im Zentrum der Weltgemeinschaft bis heute noch die Staaten stehen und auch das Völkerrecht im Wesentlichen das Recht zwischenstaatlicher Beziehungen bildet. Die Forschung der letzten Jahre nimmt zwar zunehmend die Völkerrechtssubjektivität von Individuen in den Blick. Dennoch bleibt es bei der derzeitigen Konzeption: eine Gleichstellung von Einzelpersonen mit Staaten erfolgt hierdurch nicht.

Belgien könnte aber in die völkerrechtliche Haftung für Handlungen von Personen die nicht seine Organe sind genommen werden, wenn seine Organe ihrer Pflicht zur Sicherung des völkerrechtsmäßigen Verhaltens ihres Staates gegenüber Störungen durch Privatpersonen nicht nachgekommen sind¹, z.B. ihrer Pflicht, das Territorium ihres Staates nicht zur Operationsbasis gegen fremde Staaten werden zu lassen oder dies zu billigen, indem Konten von Rebellen offensichtlich zur Kriegsführung in Belgien gehalten werden dürfen.

Einzelpersonen, die nicht Staatsangehörige sind, können natürlich dann gemäß nationalem Recht verhaftet werden, wenn innerstaatliche Strafnormen mit Auslandsbezug verletzt wurden. So etwa bei Geldwäsche oder Fälschung (letzteren Straftatbestand kennt das Deutsche Gesetz so nicht; geregelt ist die Fälschung bspw. beweisheblicher Daten oder von Wertpapieren etc.). Die Anwendung innerstaatlichen Strafrechts auf Taten mit Auslandsberührung regelt das internationale Strafrecht (in Deutschland in den §§ 3ff. StGB niedergelegt).

Vom internationalen Strafrecht - dies ist immer als *Zweig des nationalen Rechts* zu verstehen - abzugrenzen ist das *Völkerstrafrecht*, welches völkerrechtliche Regeln über strafrechtliche Sanktionen enthält, etwa wegen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen. Ein solcher Fall liegt hier im Fall von Rohstoffexporten aus Zentralafrika nicht vor.

Zur Auslieferung eines Straftäters, der wegen internationalen Strafrechtsverstosses gesucht wird, dienen den Staaten Abkommen (meist bilateral abgeschlossen und auf bestimmte Sachgebiete beschränkt – wie hier: Auslieferung von Straftätern, die bestimmte Gesetze verletzt haben). Vorliegend kam es auf solche Abkommen für die Verhaftung nicht an, da die Täter allesamt in Belgien verhaftet wurden bzw. gesucht werden. Insofern kann Rechtshilfe, wie sie der taz-Artikel vom 22.11. nennt, auch nicht ein gemeinsames Vorgehen wegen besonderer Täter bedeuten, sondern einfach nur die Aufforderung im Sinne der Abkommen mitzuarbeiten und dann z.B. Konten aufzudecken oder verwaltungsinterne Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen/benutzen zu dürfen. Es kann daher angenommen werden, dass Belgien und die Schweiz ein solches Abkommen geschlossen haben. Damit bietet die Schweiz Hilfe, wo bereits territorial ein Vorgehen Belgiens ausgeschlossen wäre. Insoweit es also um solche Abkommen geht, wird es sich um Völkerrecht im weitesten Sinne handeln.

Leider wird meiner Meinung nach im taz-, als auch im IRIN Artikel deutlich, dass sich der Staat Belgien lediglich Sorgen um sein eigenes Finanzgefüge macht, wenn jemand kontinuierlich mit mehreren Kilo's Gold einreist und Geld auf belgischen Konten „wäscht“. Der Artikel klingt mir zu positiv im Sinne: „wir gegen die Ausbeuter“. Besonders in Anbetracht der Historie der bisherigen Verhaltensweisen Belgiens gegenüber der ehemaligen Kolonie ist eine interesselose Anwendung von Rechtsnormen kaum zu erwarten. Dies wird ja dann auch durch die Erklärung der Belgischen Ministerin deutlich „immoral doesn't mean illegal“. Auch das Seminarthema ist verräterisch, wenn es heißt „doing business in conflict areas: ethical and legal challenges“. Man kann hier den Eindruck gewinnen, es gehe darum, wie man gekonnt das Recht der kongolesischen Staatsbürger unter anderem auch auf Verwertung der eigenen Ressourcen aushebelt. Hierzu lässt sich durchaus die Auffassung vertreten, dass die Ressourcen Teil des Selbstbestimmungsrechts der Völker nach Art.1 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte sind.

¹ Ignaz Seidl-Hohenveldern, Völkerrecht, Rn.1671

Dieses Recht verquickt das Recht der Völker, für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer zu verfügen und würde ein solches Seminarthema in ein anderes Licht rücken. Wie kann also eine Ministerin glaubhaft machen, dass der UN-Bericht immer noch „unclear“ ist, wenn eine Liste mit 85 belgischen Coltan-Exportfirmen bereits aufgeführt ist? Es sollte vielmehr im Sinne der Staatengemeinschaft sein, die UN-Handlungen hier nicht mit solchen Kommentaren zu untergraben und unglaubwürdig zu machen.

Geschäft ohne Gesetz

Francois Misser (taz Nr. 6915 vom 27.11.2002)

Als es ans Eingemachte ging, musste die Presse den Raum verlassen. Offenbar wollten die versammelten Direktoren und Wirtschaftsvertreter nicht, dass die Öffentlichkeit erfährt, wer für und wer gegen die Forderung der anwesenden Nichtregierungsorganisationen war. Diese hatten bei der Diskussion über die Grenzen unternehmerischen Handelns in Konfliktgebieten Transparenz gefordert. Transparenz darüber, wie internationale Konzerne im korrupten Nigeria oder im diktatorischen Birma arbeiten.

Dabei betraf die Tagung in Brüssel, organisiert vom belgischen Außenhandelsministerium, eine zentrale Frage in der Debatte um Konfliktlösung und Entwicklung: nämlich die Rolle von Privatunternehmen in Krisenregionen. Dass Konzerne durch die Ausbeutung von Rohstoffen Kriege und Diktaturen am Leben halten können, ist inzwischen ein Gemeinplatz unter Globalisierungskritikern. Was Mitte der 90er-Jahre mit wenig beachteten Recherchen der britischen "Global Witness" über Regenwaldabholzung in Kambodscha begann, ist inzwischen ein Thema sogar für den UN-Sicherheitsrat. Die zwielichtige Rolle des Ölmultis Shell in Nigeria; die Finanzierung von afrikanischen Bürgerkriegen durch so genannte Blutdiamanten; die Ausplünderung der Demokratischen Republik Kongo durch lokale Geschäftspartner internationaler Konzerne: All diese Kontroversen werfen die Grundsatzfrage auf, ob Geschäftsleute überhaupt in instabilen Weltgegenden arbeiten sollen - und wenn ja, unter welchen Bedingungen.

"Jeder, der in einem Konfliktgebiet am wirtschaftlichen Leben teilnimmt, kann durch Steuerzahlungen oder andere Dinge indirekt zur Finanzierung von Krieg beitragen", fasst Marc Herman von der "Christlichen Koordination Zentralafrika" (CCAC) in Belgien zusammen. Von daher könne business as usual nicht gelten. "Wenn man davon ausgeht, dass der Kontext eines bewaffneten Konflikts eine Ausnahmesituation ist, braucht man auch Ausnahmeregel: besondere Überwachung der Akteure, die sich engagieren wollen; verschärfte Transparenz; und Sanktionen, wenn die Regeln nicht eingehalten werden."

Freiwillige Transparenz

Es gibt zwei konträre Standpunkte dazu, die jeweils die Interessen der Unternehmen und die ihrer Kritiker widerspiegeln. Eine Schule setzt auf Freiwilligkeit und die Einhaltung der OECD-Richtlinien, die einen Rahmen für die Aktivitäten multinationaler Konzerne in der Globalisierung setzen (*siehe Kasten*); die andere setzt auf öffentlichen Druck durch Sanktionen und fordert Boykotte gegen kriegsfinanzierende

Rohstoffe, größtmögliche Öffentlichkeit über Geschäftspraktiken und Druck auf Konzerne, ihr Handeln transparent zu gestalten.

"Publish What You Pay" lautet die Parole dieser Denkrichtung, die der Milliardär George Soros vergangenen Juni in einer Kampagne zur Ölförderung in Angola lancierte. Dort verschwinden jährlich mehrere Milliarden Dollar jener Steuern und Gebühren, die die Ölkonzerne an die Regierung zahlen, in schwarzen Kassen, während der Großteil der Bevölkerung nach Jahrzehnten des Bürgerkriegs im Elend lebt. Wenn die Firmen sagen müssten, wem sie wie viel Geld zahlen, könnten solche Skandale endlich aufgeklärt werden.

"In Ordnung - aber unter der Bedingung, dass die betroffenen Länder zustimmen", sagt dazu ein Vertreter der Ölindustrie. Aber nicht nur in Angola, sondern auch zum Beispiel in Algerien, Gabun und Indonesien haben die Regierungen in ihren Konzessionsverträgen mit ausländischen Ölfirmen Klauseln eingefügt, die die Veröffentlichung der Vertragsbedingungen verbieten. Auch die Firmen selbst sind auf Transparenz nicht erpicht: sie würden höchstens ein paar Basisdaten an die Weltbank übermitteln, die diese dann vergleicht und etwaige Wettbewerbsverzerrungen aufdeckt. Kein Wunder: die Ölindustrie finanziert über die Hälfte des realen Militäretats von Indonesien, auf dem Umweg von Verträgen mit privaten Sicherheitsdiensten oder mit der Armee zum Schutz ihrer Installationen. Shell soll in den 90er-Jahren in Nigerias Ölfeldern Teile der Sicherheitskräfte bezahlt haben, die dann die lokale Bevölkerung terrorisierten; BP engagierte in Kolumbien zum Schutz ihrer Anlagen die private Sicherheitsfirma DSL, die dann auch die lokale Polizei ausbildete. Es folgten Übergriffe auf die Bevölkerung.

Schwarze Listen gegen Waffendeals

Herman vom CCAC schlägt daher zusammen mit zahlreichen anderen Gruppen vor, dass die UNO "schwarze Listen" von Leuten und Gruppen aufstellen soll, die direkt mit bewaffneten Gruppen liiert sind oder diesen Waffen liefern. Wer mit diesen Leuten Geschäfte unterhält, soll bestraft werden. Es solle auch Zertifizierungssysteme geben, die garantieren, dass Rohstoffe nicht aus Konfliktgebieten kommen, meint er.

Modell dafür ist das Zertifizierungssystem für Diamanten, das die internationale Diamantenindustrie nach mehrjährigen Debatten Anfang November beschlossen hat. Demnach sind nur solche Diamanten legales Handelsgut, die mit einem fälschungssicheren Zertifikat der Regierung ihres Herkunftslandes ausgestattet sind - das soll Diamantenschmuggel durch Rebellen verhindern. Hier bleibt allerdings das Problem, dass Diamantexporte von Regierungen genauso konfliktfördernd sein können wie die ihrer bewaffneten Gegner.

Was die "schwarzen Listen" angeht, hat die UNO damit längst begonnen. Zuerst kamen 1998 die UN-Sanktionen gegen den Diamantenhandel von Angolas Unita-Rebellen, in denen die Akteure namentlich genannt wurden. Gezielte personalisierte Strafmaßnahmen wurden 2000-2001 gegen Sierra Leones Rebellen und deren Unterstützer in der Regierung Liberias verhängt. Am weitesten geht jetzt die UN-Untersuchungskommission zur Ausplünderung der natürlichen Ressourcen der Demokratischen Republik Kongo, die in ihrem Abschlussbericht von Mitte Oktober zwei Listen von lokalen Firmen und Personen aufführt, die mit Reiseverboten und Güterbeschlagnahme belegt werden sollten - bis hinauf zu hohen Militärs aus Ruanda, Uganda und Simbabwe. Gegen die internationalen Partner dieser Leute - zum

Beispiel den deutschen Chemieriesen Bayer, dessen Tochtergesellschaft H.C. Starck kongolesisches Coltan angekauft hat, werden keine Strafen empfohlen - es wird nur darauf hingewiesen, dass sie sich nicht an die OECD-Richtlinien halten.

Der Bericht der Kongo-Kommission ist kontrovers, und der UN-Sicherheitsrat hat dazu noch keine Entscheidung gefällt. Die Überlegung, bestimmte Rohstoffimporte aus dem Kongo komplett zu verbieten, stößt inzwischen auf wenig Gegenliebe. Selbst die einst für ein Embargo eintretende UN-Kommission verweist inzwischen darauf, dass immense Geldtransfers in den Kongo nötig wären, um die dann zu erwartenden Einnahmeverluste des Landes und seiner Bevölkerung auszugleichen. Die Alternative, dass nur noch unter korrekten Bedingungen hergestellte oder geförderte Produkte gekauft werden, gilt hingegen auch als sehr schwer überprüfbar - dies haben Versuche gezeigt, gegen Kinderarbeit in der asiatischen Textilindustrie vorzugehen. Wenn es allerdings Regeln gibt, da sind sich alle einig, muss deren Einhaltung durchgesetzt werden können. Zwangsmaßnahmen sind schwierig, da ein Gesetzesbruch im Einzelfall kaum nachzuweisen ist. "Die moralische Empörung ist groß, das juristische Instrumentarium klein", sagt Belgiens Außenhandelsministerin Annemie Neyts. Das zu ändern ist schwer: Die OECD-Richtlinien wurden nicht speziell für Konfliktgebiete konzipiert, und die offizielle Position der EU besteht darin, "dass man keine Nachteile für europäische Firmen im Vergleich zu den anderen schaffen darf", wie es ein Diplomat ausdrückt. Allerdings gibt es nicht einmal europäische Antikorruptionsgesetze.

Untersuchung in Belgien

Die NGO "International Alert" verweist darauf, dass in den USA, anders als in der EU, Gerichte sich durchaus mit Verletzungen internationaler Abkommen durch US-Firmen im Ausland befassen können und sogar Investitionsverbote aussprechen können. Lautes Nachdenken darüber im Falle der Ölindustrie im Sudan, deren Einnahmen der Regierung zur Kriegsfinanzierung dienen, brachte jüngst die kanadische Ölfirma Talisman dazu, ihre Anteile am Sudan-Ölkonsortium nach Asien zu verkaufen.

In Belgien ist die Debatte über diese Dinge am weitesten fortgeschritten. Das hat zwei Gründe: das belgische Antwerpen ist Drehscheibe des internationalen Diamantenhandels, und Belgien unterhält als einstige Kolonialmacht im Kongo wie kein anderes Land in Europa enge Beziehungen mit der Region der Großen Seen. Der belgische Senat hat, einmalig auf der Welt, vor einem Jahr eine parlamentarische Untersuchungskommission über die Ausplünderung des Kongo eingesetzt. Sie soll bis Ende 2002 berichten und hat Nichtregierungsgruppen, Geschäftsleute und Politiker angehört.

Aus Deutschland sind solche Pläne nicht bekannt, obwohl deutsche Unternehmen zum Beispiel beim Handel mit Coltan aus dem Osten des Kongo nach UN-Angaben eine führende Rolle spielen. Die belgische Kommission begab sich hingegen Anfang November sogar selbst in den Kongo, um Betroffene anzuhören - ein Vorgehen, das an die geplanten Interviews der UN-Waffeninspektoren im Irak erinnert. Allerdings verweigerte ihr die ostkongolesische Rebellenorganisation RCD (Kongolesische Sammlung für Demokratie) die Einreise in das von ihr kontrollierte Gebiet, und in der von der Regierung gehaltenen Stadt Lubumbashi wurden Gesprächspartner der Belgier hinterher bedroht. Letztendlich sind es nicht die internationalen Kon-

zerne, sondern deren lokale Partner, die schärferen Regeln für Investoren in Kriegsgebieten den härtesten Widerstand entgegensetzen dürften.

NGOs cautiously welcome the launch of Kimberley Process

Interlaken, Switzerland, Nov 5, 2002

Ein langjähriger Konsultationsprozess zwischen Industrie und Nichtregierungsorganisationen führte zu einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Industrie – vor allem des weltgrößten Diamantenhändlerkonzerns De Beers -, in Zukunft keine "Blutdiamanten" Konfliktregionen zu handeln. Die Verabredung tritt am 1.1.2003 in Kraft. Manche NROs verfolgen diese Entwicklung jedoch inzwischen eher zurückhaltend, denn es besteht Gefahr, dass De Beers ihre Kooperation auf dem emotional und moralisch sehr sensiblen Verbrauchermarkt am Ende als PR-Maßnahme gewinnbringend verbuchen kann. In Deutschland hat sich vor allem medico international (www.medico.de) in die Kampagne hereingehängt.

Non-Government Organisations representing a broad coalition welcomed the decision to launch the Kimberley Process Certification Scheme (KPCS) from January 1, 2003. But concerns remain. The meeting in Interlaken was important given that the issue of conflict diamonds has been in the public eye for over four years. NGOs welcomed industry commitment to working with governments and civil society on the private sectors' role and responsibility in tracking rough diamonds.

NGOs welcomed the commitment of most major diamond producing and trading countries to implement the Kimberley Process with effect from January 1, 2003. NGOs are disappointed that some countries are not in a position to implement the scheme at this time. In due course, however, the countries which have not implemented the scheme will be excluded from the international diamond trade.

NGOs are deeply concerned that there is still no system for regular, independent monitoring of all national diamond control systems. Without this, the overall process remains open to abuse. Lack of commitment to the Kimberley Process will be a betrayal of the trust placed in the process, not only by NGOs, but also by the civilians of Angola, Sierra Leone, Liberia, and the Democratic Republic of Congo.

Diamond sales controls agreed

Frances Williams in Geneva

Financial Times Published: November 5 2002

The diamond industry and human rights groups on Tuesday gave a broad welcome to a decision by governments and international organisations to implement measures designed to stop trade in diamonds from conflict zones.

At the end of a two-day meeting in Interlaken, Switzerland, all the world's main diamond-producing and trading countries endorsed the so-called Kimberley process certification scheme that will trace rough diamonds from their point of origin to sale.

The United Nations-backed measures are designed to prevent trade in diamonds from conflict areas such as Angola, Sierra Leone, Liberia and the Democratic Republic of Congo, where they have been used to prolong some of Africa's most bloody civil wars and enrich their leaders.

Under the new system, which most countries will implement from January 1, diamonds can only be imported with a certificate of origin from the producing country. Once the system is fully in operation, countries or traders that do not comply with the scheme will be excluded from the legal international diamond trade.

Non-diamond producing African countries such as Gambia, Rwanda, Uganda and Congo (Brazzaville), which have been exporting diamonds from conflict zones but are not parties to the Kimberley process, will be cut off from diamond trading from January. The industry believes that only 2 per cent of the world's supply comes from conflict areas. But campaigners such as London-based Global Witness say up to 20 per cent of diamonds may be illicitly traded.

Eight non-governmental organisations, including Global Witness, Oxfam and Amnesty International, on Tuesday welcomed the decision to launch the certification scheme but remained "deeply concerned" over the lack of a system for regular, independent monitoring of national diamond control systems. "Without this, the overall process remains open to abuse," they said.

However, Shmuel Schnitzer, president of the World Federation of Diamond Bourses, said he was confident that the system would work well. "We have full co-operation from all the legitimate parts of the industry," he said. "These conflict diamonds are a curse - we don't want them." (<http://news.ft.com/c.gif>)

Fatal Transactions Campaign: 'Conflict' diamonds spur code of practice

Fatal Transactions is an international consumer campaign, calling on the public and other interested organisations to ask governments and companies involved in extractive industries to implement effective controls to ensure that the trade in natural resources does not finance or otherwise support conflict and economic injustice in Africa. The campaign wants to raise awareness and increase understanding of how western companies are involved in conflicts in Africa through buying natural resources from combatants.

Mark Huband, Financial Times Security Correspondent, in London

Published: October 30 2002 4:00

World diamond industry chiefs on Tuesday agreed a code of practice which they hope will diminish

criticism of the industry's role in the financing of African conflicts and deflect accusations that diamonds have been used to conceal terrorist finance.

A meeting of the World Diamond Council (WDC) in London decided on a system of warranties to compel diamond dealers to give consumers a guarantee that rough and polished diamonds, as well as jewellery containing diamonds, had been bought through licensed dealers, had not been used to fund conflicts, and complied with United Nations resolutions governing the diamond market.

Illicit diamond sales have fuelled wars in Sierra Leone, Angola and the Democratic Republic of Congo. After the suicide attacks in the US by the al-Qaeda terrorist network last September, it was discovered that al-Qaeda may have bought up to \$20m worth of Sierra Leonean diamonds through Antwerp-based dealers operating in Liberia. The purchases were thought to have been made as a way of hiding al-Qaeda assets.

The WDC was under pressure to pass the resolution in advance of a ministerial meeting on November 5 at which the so-called Kimberley Process introducing international certification of diamonds would be formally agreed. The industry had the choice of either agreeing to the system of warranties and thereby retaining self-regulation, or being faced with government regulation.

US dealers in particular objected at the London meeting to the inclusion of polished diamonds and jewellery requiring warranties, on the grounds that the source of secondhand gems and jewellery is difficult to ascertain.

"As much as we are not so enthusiastic about it, given that the NGOs are threatening protests, we have to come to the right solution," said Shmuel Schnitzer, WDC president, referring to the campaign against conflict diamonds by human rights groups.

The campaigning group Global Witness on Tuesday gave a mixed response to the WDC code. "What is in the resolution is good, but they have still failed to come up with a detailed audit process," said Alex Yearsley of Global Witness.

DRC: Kinshasa bids farewell to allied forces

IRIN 1.11.2002

The government of the DRC officially bade farewell on Wednesday to the armed forces of Angola, Namibia and Zimbabwe with a parade in their honour organised in the capital, Kinshasa. DRC President Joseph Kabila attended the ceremony, during which DRC Minister-Delegate for Defence Awan Irung thanked the allied forces for halting an armed offensive on Kinshasa launched in August 1998 by rebel groups backed by neighbouring Rwanda and Uganda. According to Irung, not a single Angolan, Namibian or Zimbabwean soldier would be found on DRC territory by Thursday. "Today the DRC stands on the threshold of peace thanks to the sweat and

blood of many of those represented here from the allied forces of SADC [Southern African Development Community]," Maj-Gen Phillip Sibanda, commander-in-chief of the allied forces, said. [Full report at: <http://www.irinnews.org/print.asp?ReportID=30671>]

L'archevêque de Kisangani monte au créneau

La Libre Belgique 23/10/2002

Die folgende Meldung von Msgr Monsengwo, Erzbischof von Kisangani und Vizepräsident von Pax Christi Internationalis, geht auf eine Pressekonferenz im Brüsseler Büro von PCI zurück. Der Erzbischof ist im Kongo nicht unumstritten, vor allem seine Rolle als Vorsitzender bei der Souveränen Nationalkonferenz (1990-92) gab Anlass zur Kritik. Seine Wortmeldungen bringen die Dinge jedoch immer wieder auf den Punkt. Die kongolesische Politik hat hier einen wertvollen und kritischen Kommentator im Hintergrund. Monsengwo bedauert nicht nur die grassierende materielle und moralische Korruption und den Verfall der politischen Kultur in der DR Kongo, sondern auch die Ignoranz der internationalen Gemeinschaft angesichts der tiefgreifenden Krise in seiner Heimat. Die ungehinderte Plünderung der natürlichen Ressource und ihre Bedeutung für die Fortsetzung des Krieges bezeichnet er als Skandal. Trotzdem sieht er in der gegenwärtigen Situation nach dem Abzug der ausländischen Truppen Anlass zu Optimismus.

"Nous doutons de l'optimisme de certains ", c'est avec cette petite phrase que Mgr Laurent Monsengwo Pasinya, archevêque de Kisangani (RDC), a introduit son exposé sur le bilan «dramatique » de la situation de la République Démocratique du Congo. Pax Christi International, dont Mgr Monsengwo est vice-président, avait convié la presse ce mercredi afin d'entendre les analyses de cet observateur, bien qu'il reconnaisse «ne plus être au four et au moulin, comme jadis ».

L'archevêque de Kisangani regrette qu'il y ait «un tel décalage entre les déclarations et les actes » des différents acteurs politiques et militaires du pays. Il rappelle ainsi que le nombre de personnes tuées approche des trois millions, que les Droits de l'Homme y sont bafoués tous les jours et que les pillages de ressources congolaises ne cessent aucunement. Mgr Monsengwo résume son analyse en trois temps: «On a tourné en rond pendant six ans, actuellement on navigue à vue, mais il y a des lueurs d'espoirs. »

Il estime que le drame que vit actuellement la RDC est la conséquence d'une crise du droit, autant au niveau national qu'international. National, car en 1997 «un fils du pays a repris le pouvoir avec des armes et des aides internationales ». Au niveau international, puisque «les violations de l'intégrité et de la souveraineté du Congo » ne cessent pas.

Mgr Monsengwo est sévère vis-à-vis de la Communauté internationale qui, selon lui, est totalement «impuissante et inefficace ». Il regrette que les répressions sauvages ne reçoivent de réponse adéquate de l'ONU. Monsengwo appelle à «revoir le mandat de l'ONU pour mieux défendre la population civile ». Et ajoute: «Pour le Kosovo, ils ont envoyés 45.000 soldats, alors qu'au Congo il y en a à peine 8.000. Cela pose

des question. » Selon Mgr Monsengwo, la Communauté internationale doit comprendre que le Congo n'est pas un pays africain comme un autre. Il est nécessaire, d'après lui, de tenir compte de son Histoire propre et de sa culture. La guerre de la RDC est, selon le vice-président de Pax Christi International, «une guerre économique, à causes politiques ». Mgr Monsengwo juge que «le pillage illégal et anarchique des ressources du Congo est un scandale moral et politique ». Malgré les millions de morts, «on a l'impression que tout le monde trouve ça normal, comme un fait divers, l'Histoire continue » se doit de constater l'archêveque.

Ce que regrette le plus les quelques ONG encore sur place, c'est que «les chefs de guerre et l'armée s'en prennent à toutes les institutions qui servent la population, telles que les écoles, les hôpitaux, les routes et beaucoup d'autres infrastructures. » Une population qui, à en croire Pax Christi, n'a plus les moyens de se soigner, de se défendre, ou même d'envoyer les enfants à l'école.

Mgr Monsengwo n'a pas suffisamment de mots pour condamner l'attitude de la classe politique congolaise qu'il qualifie de «cupide, corrompue, irresponsable, assoiffé de se positionner et peu attentive aux besoins du peuple ». Malgré que Mgr Monsengwo qualifie la situation de dramatique, il se convainc «qu'il y a encore de l'espoir ». Cet encouragement trouve son origine dans «les implications volontaristes et la recherche de solutions de la part de superpuissances (Etats-Unis, Grande-Bretagne et France) »

Quand on parle d'amnistie pour les criminels, Mgr Monsengwo explique «que cela ne serait pas ethiquement correct, mais cela est par fois nécessaire. Si un 'grand pardon' est une étape obligée pour parvenir à la paix, allons-y. » Mais il tient à préciser que «si cela est possible en politique, c'est impossible sur le plan moral. » Une amnistie ne serait envisageable «que si elle vient du peuple, et non des politiciens criminels » a conclu Monsengwo. En guise de conclusion, l'archêveque déclare que «temps que le droit et la justice ne sera pas faite, il ne peut y avoir de paix. Il faut que le Congo devienne un Etat de droit basé sur une Constitution ».

Press statement by Security Council president on Democratic Republic of Congo

Der Weltsicherheitsrat begrüßt den Rückzug der Truppen von Uganda, Angola, Zimbabwe und Ruanda aus der DR Kongo. Inzwischen hat sich allerdings herausgestellt, dass die ehemaligen Besatzer auf beiden Seiten der Front auch ohne formelle Truppenpräsenz ihren wirtschaftlichen und militärischen Einfluss im Kongo weitgehend behalten.

SC/7515

Following is today's press statement on the Democratic Republic of the Congo by Stefan Tafrov (Bulgaria), President of the Security Council:

The members of the Council welcome the measures announced by Uganda, Angola, Zimbabwe and Rwanda for the full withdrawal of their troops from the Democratic Republic of the Congo, and the start of their implementation. They encourage the States concerned to continue this course, and emphasize the need for this with-

drawal to be transparent and verified by United Nations Organization Mission in the Democratic Republic of the Congo (MONUC).

The members of the Council emphasize the importance they attach to progress also being made in the disarmament, demobilization, repatriation, resettlement and re-integration (DDRRR) process.

The members of the Council welcome the steps taken by the Government of the Democratic Republic of the Congo to begin to arrive at a settlement of the issue of the armed groups, particularly the prohibition of the activities of the FDLR. They encourage the authorities of the Democratic Republic of the Congo to continue on this course and in particular to ensure that the persons sought by the International Criminal Tribunal for Rwanda (ICTR) are handed over to it.

The members of the Council reiterate their support for the efforts of the Special Envoy of the Secretary-General, Mr. Niasse, and recall the importance they attach to an inclusive political agreement on the internal political transition in the Democratic Republic of the Congo.

The members of the Council call on the parties to secure a cessation of the human rights violations in the east of the country, particularly in Ituri and South Kivu. They demand that neither of the parties should seek to derive a territorial advantage from the current situation.

The members of the Council have taken good note of the Secretary-General's special report on MONUC and are in the course of studying ways in which MONUC could extend support to the parties in the implementation of the Pretoria and Luanda agreements.

Welche Zukunft hat die Entwicklungshilfe in Afrika?

Willy Manzanza

Der folgende nachdenkliche Grundsatzartikel zum Thema Entwicklungszusammenarbeit mit afrikanischen Staaten geht auf ein Referat von Willy Manzanza beim Dies academicus am 5.6.2002 an der Theologisch-Katholischen Fakultät der Uni Bonn zurück. Willy Manzanza, zur Zeit Kaplan in einer katholischen Pfarrei in Bonn, stammt aus Kikwit (DR Kongo) und ist schon seit Jahren beim Kongolesisch-deutschen Kreis in Bonn dabei. Bei dieser Gelegenheit sei ihm nochmals zur gelungenen theologischen Promotion gratuliert!

„Afrika ist ein Kontinent gescheiterter Entwicklungsstrategien, die nicht nur überehrgeizigen Plänen afrikanischer Politiker entsprangen, sondern auch den Rezeptbüchern westlicher Entwicklungstheoretiker.“² Diese Feststellung von Stefan Mair zeigt, wie verwickelt das hier angeschnittene Thema ist. Auf einem solchen Gebiet, das sogar die besten Experten herausfordert, ist von einem blutigen Laien

² S. Mair, *Soziale und wirtschaftliche Entwicklung*, in *Informationen zur politischen Bildung* 264 (1999), 19.

sicher kein Wunderrezept zu erwarten. Mir geht es im folgenden vor allem um die Frage nach den erforderlichen Rahmenbedingungen für den Anstoß zu einer zukunftsfähigen und wirkungsvollen Entwicklungshilfe in Afrika. Verantwortlich für die Schaffung dieser unabdingbaren Faktoren sind in erster Linie die afrikanischen Führer. Der Erfolg des politischen Handelns aber wird durch Elemente wie die geschichtlichen Gegebenheiten, die Entwicklungspolitik der Geberländer und die soziale und kulturelle Umwelt in den Empfängerländern selbst bedingt.

1. Verantwortung der afrikanischen Führer

Das Ziel der Entwicklung ist die Verbesserung der Lebensbedingungen, so dass die Bevölkerung ihre Grundbedürfnisse befriedigen kann: gesunde Ernährung, gute Unterkunft, medizinische Versorgung, Bekleidung, ausreichende Ausbildung, individuelle Freiheit, soziale Sicherheit, usw. Diese materiellen und geistigen Güter aber sind ohne genügende Produktion, wirtschaftliches Wachstum, Inlands- und Auslandsmarkt nicht denkbar. Um dieses Ziel zu erreichen, sind gute Rahmenbedingungen erforderlich, beispielsweise: demokratische Machtführung, Friede und politische Stabilität, ein funktionierendes und effizientes Verwaltungs- und Justizapparat, Produktions- und Vermarktungsstrukturen, Einfuhrindustrien, gute Produktionsmittel und -techniken, neue Technologien, Kommunikations- und Verkehrsmittel, Bankwesen, Kredit- und Sparpolitik, Gesundheits-, Schul- und Ausbildungswesen, Polizei- und Sicherheitsdienste, ein staatliches Solidaritätssystem, unabhängige Medien.

Die Unzulänglichkeit oder gar der Mangel an diesen Basisinfrastrukturen erklärt zum großen Teil die Unwirksamkeit der Entwicklungshilfe im Schwarzen Kontinent. Die Schuld an dieser chaotischen Situation tragen in erster Linie die afrikanischen Führer und Eliten. Den meisten fehlt eine richtige Machtauffassung als Verantwortung gegenüber und *Diakoníe*, d.h. Dienst an ihrem Volk, welchem sie Rechenschaft ablegen müssen. Politische Funktionen werden oft als Anlass zur persönlichen Bereicherung, zur Förderung ihrer Sippen- und Stammesmitglieder, zur Machtdemonstration und Unterdrückung ihrer eigenen Völker ausgenützt.

Es wird den Afrikanern nicht helfen, ihr eigenes Versagen weiter zu verleugnen. Im Gegenteil, wir müssen den Mut haben, es wahrzunehmen, daraus Konsequenzen zu ziehen und geeignete Maßnahmen für die Zukunft zu treffen. In diesem Sinne stellt die Kamerunesin Axelle Kabou in ihrem Buch „Weder arm noch ohnmächtig. Eine Streitschrift gegen schwarze und weiße Helfer“ eine echte Herausforderung, wenn auch auf provokative Weise, an afrikanische Politiker und Intellektuelle dar, wenn sie explizit ihre negative Rolle in der Geschichte des Kontinents betont³ und ihren ‚Assistentialismus‘ entlarvt.⁴

Doch so wichtig die Verantwortung der Afrikaner auch sein mag, lösen meines Erachtens politischer Wille und politisches Handeln allein das Problem der Stagnation des Schwarzen Kontinents noch nicht. Die afrikanischen Führer bauen heute

³ F. Bliss, *Kultur und Entwicklung. Ein zu wenig beachteter Aspekt in Entwicklungstheorie und -praxis*, in R. E.

Thiel (Hrsg), *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie*, Bonn 2001, 75.

⁴ F. Nuscheler, *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*, 4. völlig neu bearbeitete Auflage, Bonn 1995, 179.

auf Ruinen, die sie entweder von der älteren Generationen geerbt oder selber veranlasst haben; Ruinen, deren Ursachen nicht aus den geschichtlichen Zusammenhängen gerissen werden können. In der Suche nach künftigen Wegen für die Entwicklung Afrikas ist ein Hinweis auf dieses Thema angebracht, damit die Industrieländer sich ihrer „Verantwortung nicht durch Gedächtnislosigkeit entledigen“.⁵

2. Geschichtlich-politische Verantwortung der Industrieländer

Die geschichtlich-politische Verantwortung der Industriestaaten fängt mit der Teilung Afrikas bei der Berliner Konferenz (1884-1885) an, deren Ziele waren, den Wettlauf der Kolonialmächte in Afrika „in geordnete Bahnen zu lenken und Deutschlands Rolle als europäische Ordnungsmacht zu unterstreichen“.⁶ Die ohne Rücksicht auf die jahrhundertealten afrikanischen Reiche und Volksgruppen künstlich entstandenen Grenzen⁷ und die daraus folgende Kolonialausbeutung trugen wenig zur Schaffung notwendiger Entwicklungsrahmenbedingungen bei.

Nach der Kolonialzeit haben die Industrieländer im Kontext des Kalten Kriegs Jahrzehnte lang der Dritten Welt weiter große Schäden zugefügt, indem sie kluge und weitblickende Eliten verteufelt, aus der Macht ferngehalten haben oder einfach umbringen ließen; dagegen haben sie Marionetten, Diktatoren und grausame Regime gefördert und unterstützt.⁸ Die Demokratie- und Menschenrechtsmeister wussten, was mit dem Geld für die Entwicklung passierte, in welchen Banken es ruhte oder in welchen „weißen Elefanten“ (ansehnlichen und unnötigen Ausgaben) und welchen Kriegen und Vertreterkriegen es verschwand, während das Volk im Elend verkam. Infrastrukturen wurden meist nicht geschaffen. Doch, wie Stefan Mair anmerkt, trotz wirtschaftlicher Ineffizienzen wurden im damaligen Kontext des Kalten Krieges „großzügige Entwicklungshilfeszahlungen der westlichen wie östlichen Lager“⁹ weiter gewährt, um die Loyalität der Empfängerländer zu erkaufen.¹⁰

Erst mit dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989/1990 wurde seitens des Westens die Forderung nach Demokratie laut, und die Diskussion über die Notwendigkeit und Effizienz der Entwicklungshilfe in nichtdemokratischen Staaten gewann an Bedeutung. Leider blieben die eingewurzelten afrikanischen Führer oft zäher und zynischer und versuchten die Welt zu überzeugen, dass „die Demokratie nach westlichen Muster für afrikanische Gesellschaften untauglich ist“.¹¹ Erst dann wurden

⁵ B. Bujo, *Die ethische Dimension der Gemeinschaft. Das afrikanische Modell im Nord-Süd-Dialog*, Freiburg 1993, 130.

⁶ S. Mair, *Ausbreitung des Kolonialismus*, in *Informationen*, 14.

⁷ V. Köhler, *Deutsche Entwicklungspolitik in Schwarzafrika. Erfolge und Hemmnisse eines weitzügigen*

Programms, in W. Höpker (Hrsg.), *Hundert Jahre Afrika und die Deutschen*, Weinsberg 1985, 63.

⁸ Beispielsweise: die Liquidierung von Patrice Lumumba und die Förderung von Mobutu im ehemaligen Belgisch-Kongo.

⁹ S. Mair, *Strukturanpassung und Verschuldung*, in *Informationen*, 30.

¹⁰ Ebd., 51.

¹¹ P. Winkler, *Zentralafrika zweite Revolution. Die Krisen im Gebiet der Großen Seen*, in K. R. Spillmann

auch strategische Verbündete bestraft, wie das Buch von Colette Braeckman, „*Le dinosaure*“ (Der Dinosaurier), im Fall des Zaïre (heute D.R. Kongo) von Mobutu es deutlich veranschaulicht: Belgien, die ehemalige Kolonialmacht, gab ab 1990 den Ton an und stellte seine 100 Millionen Dollar für Entwicklungshilfe ein, gefolgt durch die U.S.A. mit ihren 13 Millionen Dollar. Auch andere internationale Institutionen – wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die Afrikanische Entwicklungsbank, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – drehten ihre Devisenhähne zu, in der Hoffnung auf die Bildung einer verantwortlichen Regierung, d.h. unabhängig vom ‚Leoparden‘ (Mobutu).¹²

Wie kann man angesichts dieses Hintergrunds die geschichtliche, politische, ja auch moralische Verantwortung des Westens sowie des Ostens in der Stagnation Afrikas nicht erwähnen? Zu lange wurden politische Regime unterstützt, die die Entwicklungsbemühungen der Geberstaaten, Kirchen und Nicht-Regierungsorganisationen unwirksam gemacht und den kommenden Generationen oft nur Ruinen, Schulden, Konflikte hinterlassen haben.

Für viele Afrikaner ist das Verhalten der Industrieländer während der Ost-West-Konfrontation ein subtiler wirtschaftlicher Neokolonialismus. Selbst im Westen findet dieser Vorwurf einen Stützpunkt in manchen Theorien, die die Entwicklungshilfe zu sehr im Geflecht der Interessenpolitik sehen. Kritisiert wird vor allem „das politische und wirtschaftliche Eigeninteresse, das Industrieländer mit öffentlichen und privatwirtschaftlichen Entwicklungshilfen verfolgen“.¹³

Diese Erinnerung an die Verantwortung der Industriestaaten scheint mir wichtig, um eine „anamnetische Solidarität mit den Opfern der Geschichte“¹⁴ aufrecht zu erhalten. Aber in der Frage nach neuen Wegen für eine wirksame Entwicklungshilfe in Afrika sollen neben den afrikanischen Politikern und Eliten nicht nur die Geberländer interpelliert werden, sondern auch die ganze afrikanische Gesellschaft in ihrer sozialen und kulturellen Umwelt.

3. Soziale und kulturelle Umwelt als wichtiger Entwicklungsfaktor

Die dramatische Lage im Schwarzen Kontinent führt mich dazu zu fragen, ob die Afrikaner vielleicht unfähig sind, sich selbst zu entwickeln, wie Hegel behauptete¹⁵, oder, ob sie die Entwicklung entschieden ablehnen, wie Axelle Kabou meint.¹⁶ Doch die Tatsache, dass dieselben Afrikaner in anderen Gegenden - z.B. im Ausland oder in internationalen Organisationen – eine tolle Arbeit leisten können, gibt zu be-

(Hrsg.), *Zeitgeschichte: Hintergründe aktueller Konflikte VI – Vortragsreihe Sommersemester 1997*. Züricher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, N° 44, Zürich 1997, 4.

¹² C. Braeckman, *Le dinosaure. Le Zaïre de Mobutu*, Paris 1992, 243-244.

¹³ *Brockhaus – die Enzyklopädie*, Bd. 6, Leipzig – Mannheim 1998, 443. Vgl. F. Nuscheler, *Lern- und Arbeitsbuch*, 362-372.

¹⁴ B. Bujo, *Die ethische Dimension*, 130.

¹⁵ G. W. F. Hegel, *Sämtliche Werke. Bd. 11: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*, Stuttgart 1928, 144.

¹⁶ F. Bliss, *Kultur und Entwicklung*, 75.

denken, weshalb ihr Verhalten Zuhause plötzlich ‚irrational‘ scheint und ihre Wirkung ineffizient bleibt.

Abgesehen von den persönlichen Motivationen sehe ich den Grund des unterschiedlichen Ergebnisses in der Struktur der afrikanischen Gesellschaft. Das Leben entfaltet sich hier zunächst innerhalb einer Sippongemeinschaft, eines Stammes oder einer Ethnie. Wie der kongolesische Moraltheologe Bénézet Bujo schreibt: „Keiner darf die Lebenskraft für sich allein behalten, sondern er muss andere Familien- oder Sippenangehörige daran teilnehmen lassen“.¹⁷ Dieses System erregt sicher eine große Solidarität, die den Mitgliedern im Kampf um das Überleben Rückhalt gibt. Gleichzeitig aber werden die Menschen in einem Schraubstock von Beziehungen und Dank- und Schuldgefühlen geklemmt, die keine fördernde Faktoren sind für die Entstehung einer nationalen Identität und Solidarität. Mit Recht beobachtet Stefan Mair, dass hier lokale soziale Identitäten wie die „der Familie, der Dorfgemeinschaft, des Clans, der Altersgruppe und der Volksgruppe“ den Vorrang haben „vor abstrakteren, allgemeineren Identitäten wie die der Nation“.¹⁸

Das Leben, Denken und Handeln der Afrikaner werden stark durch diese soziale und kulturelle Umwelt beeinflusst. Wie ich es vor zwei Jahren schrieb: Die Menschen stehen „unter dem Druck der sozialen Struktur und sind innerlich gespalten zwischen der *res publica* und dem Interesse ihrer Gruppe, der sie vielleicht die ganze Ausbildung und das Gelingen ihres Lebens zu verdanken haben“.¹⁹ Die Solidarität ist zu sehr an die Logik der Sippongemeinschaft gebunden. Verpflichtungen gegenüber dem Staat werden oft ohne Schuldgefühl vernachlässigt zugunsten der lokalen Gemeinschaft.

Die Erziehung, das Verhalten in der Gesellschaft, die Arbeitsorganisation werden mehr durch andere Wertvorstellungen geprägt als durch die in den Geberstaaten geschätzten Leistung, Produktion, Profit, Sparen. Familienloyalitäten und Verwandtschaftsverpflichtungen sind in Afrika höchste Werte. Aus diesem Grund ist das Eigentum z.B. nie privat und darf nicht privatisiert werden.²⁰ Wer etwas besitzt, der hat es für die Sippongemeinschaft; er weiß sich selbstverständlich verpflichtet, die Lebenskraft der anderen Mitgliedern zu fördern, indem er seine Habe mit ihnen teilt.

Auch die zwischenmenschlichen Beziehungen haben in dieser sozialen und kulturellen Umwelt Vorrang vor der materiellen Leistung. Arbeitszeit, Rentabilität, eigene Rechte oder Vorteile können geopfert werden, um die Beziehungen zu pflegen und „jeden Konflikt zu vermeiden, der die gesellschaftliche Harmonie gefährden könnte“.²¹ Es ist daher nicht erstaunlich, wenn in Fällen von Amtsanmaßung, Misswirtschaft oder Unterschlagung öffentlicher Gelder die Täter oft unbestraft bleiben.

¹⁷ B. Bujo, *Die ethische Dimension*, 14.

¹⁸ S. Mair, *Ausbreitung des Kolonialismus*, in *Informationen*, 17.

¹⁹ Manzanza Mwanangombe W., *Religionen in ethnischen Konflikten in Afrika*. Vortrag am Dies academicus im

Sommersemester 2000, Bonn 2000, 10-11. Den Text findet man unter www.uni-bonn.de/~afrika.

²⁰ B. Bujo, *Die ethische Dimension*, 140.

²¹ I. Krugmann-Randolf, *Zwischen Tradition und Moderne. Afrika und die Industrieländer: Entwicklungshilfe im*

Spannungsfeld, in W. Höpker (Hrsg.), *Hundert Jahre Afrika*, 78.

Statt dessen werden dem Palavermodell entsprechend Werte wie Verzeihung, Schuldenerlass und Versöhnung vorgehalten, wie die Geschichte der meisten Nationalkonferenzen in Afrika es bestätigt.

Eine solche Weltanschauung steht unvermeidlich in Konflikt mit der Logik und dem Modell der Entwicklungshilfe der Geberstaaten²² und ist meines Erachtens ein nicht zu unterschätzender Faktor im Scheitern auch der ‚besten‘ Entwicklungsstrategien in Afrika.

4. Weltanschauung der Afrikaner in Konfrontation mit der sozialen Marktwirtschaft

Ausgehend von ihrer Erfahrung halten die Industrieländer, vor allem des Westens, fest an der sozialen Marktwirtschaft als einzige Wirtschaftsordnung, die das Wirtschaftswachstum, den Wohlstand, den wissenschaftlichen, technischen und industriellen Fortschritt fördern und Wege aus der Unterentwicklung weisen kann. Im Schwarzen Kontinent aber hat dieses ‚Heilmittel‘ nicht gewirkt, genauso wenig wie der vom Osten exportierte Sozialismus. Den Grund hierfür sehe ich in der fehlenden Integration dieses Entwicklungsmodells in die afrikanische Gesellschaft.

Die moderne Marktwirtschaft ist nämlich „im historischen Zusammenhang mit dem neuzeitlichen Kapitalismus in Europa“²³ entstanden. Beide Wirtschaftssysteme entwickelten sich in eine Symbiose, die sich im Kontext der euro-amerikanischen Geschichte und Kultur entfaltete, „die gesellschaftlichen Denk- und Verhaltensmuster gemäß tauschwirtschaftlicher Rationalität“ prägte und die Tendenz förderte, „den soziokulturellen Gesamtzusammenhang den für die Marktwirtschaft charakteristischen Prinzipien zu unterwerfen“²⁴: Güterproduktion, -zirkulation und -verteilung, Arbeitsteilung, Leistungswettbewerb, Privateigentum, Kapitalansammlung und – Vermehrung, Investition und Reinvestition, Konsummentalität, usw. Diese Prinzipien bilden ein Wertesystem, das als Bestandteil der westlichen Kultur bezeichnet werden kann, und worauf die ganze Gesellschaft sich selbstverständlich orientiert. Diese ‚wirtschaftskapitalistische‘ Umwelt, und nicht nur ein starker Staatsapparat und demokratische Strukturen und Machtführung erklären meiner Meinung nach den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft in den Industrieländern.

Ein solches Entwicklungsmodell ohne Anpassung in Afrika exportieren zu wollen, führt zwangsläufig zu einer Konfrontation, einer Kraftprobe mit der Weltanschauung der Empfänger. Ein Beispiel im Unternehmensmanagement sei hier zur Veranschaulichung genannt. Aus afrikanischer Sicht müssen Familienloyalitäten und Verwandtschaftsverpflichtungen als höchste Werte gepflegt werden. In der Logik der sozialen Marktwirtschaft aber werden sie als Wachstumshemmnis – wegen der Risiken der Nachlässigkeit und der Lockerheit in der Arbeitsdisziplin und -kontrolle im Falle, dass Familienmitglieder auch im Betrieb beschäftigt werden – oder als Kapitalverschwendung betrachtet, wie Dieter Weiss erklärt: „Die ‚extended

²² D. Weiss, *Kultur und Entwicklung. Entwicklung ist, was geschieht, wenn Kreativität sich entfalten kann*, in R.

E. Thiel (Hrsg.), *Neue Ansätze*, 368.

²³ *Brockhaus – Die Enzyklopädie*, Bd. 14, 243.

²⁴ *Ebd.*, 243-244.

family' bietet gegenseitige Unterstützung im Notfall, fordert aber im Gegenzug von ihren Wohlhabend gewordenen Mitgliedern Reichtumsumverteilung. Dadurch behindert sie eine Reinvestition der Gewinne und damit das Firmenwachstum."²⁵

Vor diesem Hintergrund scheint mir die Stagnation Afrikas nicht zunächst eine auch implizite Verweigerung der Entwicklung zu sein, wie Axelle Kabou meint. Vielmehr stellt diese Stagnation die Frage, ob die bisherigen Patentrezepte überhaupt kompatibel sind mit der afrikanischen Kultur, den Wertsystemen und Gesellschaftsstrukturen. Wäre die so genannte ‚Unfähigkeit‘ der Afrikaner nicht das Zeichen der Menschen, die zerrissen sind zwischen einerseits ihren eigenen Kultur und Traditionen, und andererseits einem attraktiven, aber durch eine fremde Kultur geprägten Entwicklungsmodell, dessen unselektive Annahme als Gesamtpaket „zur Entwurzelung und Entfremdung der Menschen in ihren eigenen Ländern“, zum „Verlust ihrer eigenen Identität“²⁶ führt? Die Stagnation des Schwarzen Kontinents belebt meines Erachtens wieder die schon 1905 durch Max Weber vertretene These, dass „wirtschaftliche Entwicklung ein Phänomen ist, das sich nicht allein aus wirtschaftlichen Faktoren erklären lässt, das vielmehr eingebettet ist in die Gesamtentwicklung einer Kultur, das beeinflusst wird durch gesellschaftliche Institutionen und das gesellschaftliche Wertesystem“.²⁷

Deshalb sind Veränderungen nicht nur bei den Politikern und Eliten, sondern auch in der gesamten Gesellschaft erforderlich.

5. Notwendige Umstellungen

Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen ist die Entwicklungshilfe in Afrika zum Scheitern bestimmt. Umstellungen im Denken und Handeln erweisen sich als unerlässlich, und zwar bei allen Entwicklungsakteuren. In erster Linie werden afrikanische Führer und Eliten interpelliert: Sie müssen ihre Verantwortung in die Hand nehmen und alle in ihrer Macht und nach ihrer Möglichkeit notwendigen Maßnahmen treffen, um bessere Rahmenbedingungen für den Anstoß zur Entwicklung in ihren Ländern zu schaffen. Drei Aspekte sollten dabei ganz besonders berücksichtigt werden. Auf der politischen Ebene kann die Förderung demokratischer Kultur, Machtführung und Reformen wesentlich zur Lösung von ethnischen Konflikten und Bürgerkriegen beitragen. Im wirtschaftlichen Bereich soll der Akzent auf die Schaffung von notwendigen Infrastrukturen für Produktion, Vermarktung und gerechte Verteilung gelegt werden.

All diese Maßnahmen aber müssen, wie Ludwig Hamburger vor vierzig Jahren über Asien feststellte, in vielen Fällen unterstützt werden durch „tief greifende Wandlungen der geschichtlichen Strukturen der heimischen Gesellschaft und der

²⁵ D. Weiss, *Kultur und Entwicklung*, 369.

²⁶ Hamdy Azzam, *Demokratie in der Dritten Welt*, in Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.), *Entwicklungspolitik im*

Wandel. Dokumentation Dritte-Welt-Kongreß 1985, Stuttgart 1986, 120.

²⁷ R. E. Thiel, *Zur Neubewertung der Entwicklungstheorie – Einleitung*, in Ders. (Hrsg.), *Neue Ansätze*, 14.

Werte, in denen sie wurzelt“.²⁸ In diesem Sinne ist die Organisation einer nationalen Solidarität, die den Vorrang vor der Sippensolidarität haben soll, eine Voraussetzung für die Entstehung von modernen Staaten in Afrika. Aber auch eine gründliche Prüfung der Wertvorstellungen und Sitten ist heute notwendig, um Mentalitäten und Verhaltensweisen zu bekämpfen, die Hemmnisse für die Entwicklung darstellen. Die Afrikaner können sich heute dieser Aufgabe nicht mehr entziehen, genauso wie der Untersuchung der im Westen oder Osten entstandenen Entwicklungsmodelle, um geeignete Wege für ihre Zukunft zu finden.

Ein solches Vorhaben ist eine langwierige Arbeit, deren Erfolg abhängig von vielen Faktoren ist: von dem Willen und der Beteiligung aller Betroffenen, also der politischen Schicht, der Eliten sowie des Volkes; von einer besseren Kenntnis der afrikanischen Geschichte, Soziologie, Ethnologie, Anthropologie, traditionellen Ökonomie; von einer guten reformierten Ausbildung, die die Menschen fähig zur Lösung ihrer lokalen Probleme macht.

Die afrikanischen Staaten werden in ihren Bemühungen jedoch wenig Erfolg haben, wenn sie an der internationalen Konjunktur keinen Rückhalt finden. Deshalb sind Umstellungen auch in den Geberländern erforderlich. Nach den vielen Enttäuschungen in der Zusammenarbeit mit Afrika ist es vielleicht doch Zeit, die soziale und kulturelle Umwelt als wichtiger Entwicklungsfaktor wahrzunehmen, die zu entwickelnden Völker in ihrem Milieu zu verstehen und sie bei der Suche nach neuen zu ihrer Weltanschauung passenden Entwicklungswege zu unterstützen. Auch bei der Schaffung guter politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sind die Industriestaaten zu mehr Solidarität aufgefordert. Dazu gehört nicht nur eine großzügige Leistung von technischer, Kapital-, Handels- und Beratungshilfe, sondern auch die Sorge für eine Globalisierung zugunsten der Armen. Hilfreich wären hier z.B. Maßnahmen, die den Multis, Mineral- und Erdölgesellschaften, Waffenhändlern und Regierungen keine Geschäfte mehr ermöglichen könnten, die zur Finanzierung von Kriegen und zur Zerstörung der noch existierenden Infrastrukturen beitragen.

Africa: More governments joining Mine Ban Treaty

Immer mehr Staaten unterschreiben und ratifizieren den Vertrag gegen die Verbreitung und den Gebrauch Landminen von 1997, Resultat eine der erfolgreichsten Kampagnen der letzten Jahre, bei denen sich in Deutschland insbesondere medico international federführend engagiert hatte. Pax christi war und ist selbstverständlich auch dabei. Hintergrund des IRIN-Berichts sind auch Meldungen über den sich ausbreitenden Gebrauch von Landminen durch den RCD im Kivu.

ABIDJAN, 16 September (IRIN) - A growing number of governments have joined the 1997 Mine Ban Treaty, leading to reduced use of anti-personnel mines, a dramatic drop in production and an almost complete halt to trade, according to the Landmine Monitor Report 2002, released on Friday.

There has been also rapid destruction of stockpiled mines, fewer new mine victims in key affected countries and more land demined, it stated. Significant strides had

²⁸ L. Hamburger, *Entwicklungshilfe – sozial und kulturell*, in R. Siegert, *Entwicklungshilfe – einmal anders*,

Baden-Baden – Bonn 1963, 34. Vgl. Manzanza Mwanangombe W., *Religionen*, 11.

occurred in the eradication of landmines, and saving lives and limbs of civilians, in every region of the world had occurred, it said.

However, it was increasingly evident that - at current levels of mine action funding and demining - many mine-affected state parties to the treaty would not meet the 10-year deadline for completion of mine clearance, the report added. Anti-personnel mines continue to be laid by governments and rebel groups, and in this reporting period India and Pakistan embarked on "what appears to be the largest mine laying operations in many years", it said.

In Africa, the report noted, Angola, the Democratic Republic of Congo (DRC) and Eritrea are known to have used anti-personnel mines "extensively in recent years but with the emergence of peace initiatives have decided to forswear any future use."

In March 2002, the Landmine Monitor said, it received an admission of ongoing use of anti-personnel mines by the rebel Rassemblement congolais pour la democratie (RCD) fighting the DRC government.

It had not received any specific allegations of use by the rebels Mouvement des Forces Democratiques de Casamance (MFDC) in Senegal or the Lord's Resistance Army (LRA) in Uganda in the reporting period, it said, "though concerns remain about possible use in the future by both."

In Sudan, the accusations of new use by the government and by the Sudan People's Liberation Army/Movement were less frequent and the evidence less compelling, according to the report.

It noted, however, that anti-personnel mine use by various factions in Somalia was believed to have continued in the reporting period.

No country in Sub-Saharan Africa is known to produce anti-personnel mines, the Landmine Monitor reported.

"Uganda reported that it invited foreign military attaches to inspect an alleged mine production facility and that they concluded no production existed," it said.

In many of the mine-affected countries in Africa, it added, medical facilities and rehabilitation services were generally in poor condition, mostly due to lack of resources, and sometimes lack of medicine, equipment and skilled personnel.

Consequently, in many instances the assistance available to landmine survivors was inadequate. In Chad, according to the Landmine Impact Survey, of 217 recent survivors none reported receiving physical rehabilitation or vocational training after their injury.

However, commissions had been established to address the needs of survivors in Angola, Eritrea, Mozambique, Namibia and Uganda. (*For full report, see <http://www.icbl.org>*)

The Congo, a test of Canada's African involvement

Entraide missionnaire - 15, rue de Castelnau Ouest, Montréal (Qc) H2R 2W3 – Tél. :(514) 270-6089 Téléc. :(514) 270-6156 emi@web.ca

“Entraide missionnaire” ist schon seit vielen Jahren im Kongo aktiv und betreibt in Kanada politische Lobby-Arbeit für die Interessen der Region und hat sich dabei große Expertise erworben. Leider wurde das französischsprachige „Info-Kongo“, ein Informationsdienst für Kongo-Nachrichten, vor einiger Zeit eingestellt. Entraide missionnaire beschäftigt sich nicht nur mit den menschenrechtlichen Anliegen im engeren Sinne, sondern auch mit Fragen der Friedenssicherung und der Rohstoffpolitik. Der folgende Hintergrundartikel (gekürzt) überblickt die mittel- und langfristigen Probleme des Landes und die Herausforderungen der internationalen Gemeinschaft durch die Krise.

Recent developments in the long process towards peace in the Democratic Republic of Congo (DRC) should provide an opportunity for a determined effort by the international community to involve itself to bring to an end one of the most murderous wars on the African continent, and for Canada to stop hesitating and adopt an efficient, energetic strategy of multiple intervention.

An opportunity for peace

First, the peace agreement signed July 30 between the DRC and Rwanda, then Zimbabwe's announcement that it was beginning to withdraw its troops, followed by a new agreement between Kinshasa and Kampala to resume relations between the two countries, all present an opportunity to advance the peace process which must not be missed. These agreements are the result of pressure by the international community on those countries whose troops still occupy areas of Congolese territory; there is no doubt that their implementation will succeed only if this pressure is increased, since all the warring parties are gaining important advantages from the situation, political advantages, but above all economic advantages, thanks to the illegal looting of the Congo's natural resources.

Much still has to be done to ensure the return of peace to the Congo and security to the larger region. A determined, concerted effort by the international community is more essential than ever if certain indispensable conditions for the return of peace are to be met :

the occupation forces, particularly those from Rwanda, as well as those of the Kinshasa government's allies, must withdraw in compliance with international law and with the numerous Security Council resolutions on this topic. Trying to make this withdrawal depend of the result of various steps, like the Inter-Congolese Dialogue or the disarming of militia groups, is a denial of international law and gives an unacceptable legitimacy to the extension of the occupation of Congolese territory by foreign armies; the mandate of the UN Observers Mission to the Congo (MONUC) must be transformed into a peace-keeping mandate, as the agreement between Kigali and Kinshasa includes among its stipulations. MONUC's capacity to intervene should be strongly reinforced, in terms of troops and authority, so that, among other duties, it can be deployed on the Eastern borders of the DRC to safeguard the fron-

tiers on both sides, to protect civilians in danger, and to implement immediately the programme of Demobilisation, Disarmament, Repatriation, Resettlement and Reintegration (DDRRR) for the different armed groups. The prolonged war, the sending of fresh troops from Rwanda into Congolese territory, even after the Pretoria agreement, the massacre of an unacceptable number of civilians, such as those in Kisan-gani last May, show clearly that MONUC's current mandate is inadequate.

The « Third Party » created by South Africa and the UN Secretary General, whose role, defined by the Pretoria agreement, will be to facilitate contact between the two countries, supervise the implementation of the agreement, and draw up eventual laws, should be got underway speedily and begin its work. ...

A State in urgent need of reconstruction

More than thirty years of a predatory dictatorship and six years of war have effectively destroyed the Congolese state. Presently the country is parcelled out into territories controlled by authorities with no legitimacy, and a large part of the population has been left to fend for itself, without a national army able to rein in the ambitions of neighbouring countries or the violence of local warlords, without a public administration even to manage national sovereignty or to deliver basic services to the population. If peace is to be maintained, so that the reconstruction of the country can really get underway, the Congolese men and women need urgent help in reconstructing the institutions every state must have, or every state run by law. This situation in Africa, exceptional because of its magnitude and its negative repercussions on the rest of the continent, demands an immense international response.

In its aid policy towards the Congo, Canada must show more resolution and long-term commitment by adopting an efficient and tailor-made programme commensurate with the Congo's importance. ...

Next, given the Congo's particularly dramatic situation, the urgent need for intervention and the necessary delays before the state can be re-established, a special Reconstruction and Rehabilitation fund should be set up at the core of the Canadian co-operation programme. This temporary fund would facilitate the implementation of a variable range of projects (national, provincial, local) which could not meet all the agency's criteria for regular programmes, but which are in line with the principle that the people should take charge of the reconstruction of their environment.

The fight against impunity and the reconstruction of the justice system

A state ruled by law cannot take root in the Congo, nor in the rest of the region, without a national, regional, and international drive against impunity. Too many human rights violations, war crimes, and possible acts of genocide have plunged too many into mourning to allow any compromise with a special judiciary process in which crimes are brought to the bar and the guilty judged. Other examples in Africa, particularly in Sierra Leone, have shown that freedom from responsibility for such crimes must be non-negotiable. Already, the parties which participated in the Inter-Congolese Dialogue in Sun City are agreed on the structure of this process.

the establishment of a Commission of Justice and Truth
the setting up of an International Criminal Tribunal for the DRC

the creation of an Office to monitor human rights

However, the whole of the Congolese judicial system has to be rebuilt to put an end to the arbitrariness of the present system and restore the people's confidence. Under this heading, the question of army reform should speedily be considered. Throughout the Congo, it is the military who have been guilty of the major rights violations.

The fight against impunity and the reconstruction of the justice system must be part of any emergency plans for the reconstruction of the Congo.

Foreign investment which will really profit the people

The DRC's abundant natural resources should have ensured its continuous development and the well-being of its people. Unfortunately today they are one of the principal reasons for foreign troops' occupation of Congolese territory and the continuation of the war. The past and present history of foreign investment in the natural resource exploitation sector, particularly in mining, has mainly proved that it is far from ensuring the development of the Congo. This is an area that needs great attention, as all the participants in the Inter-Congolese Dialogue in Sun City indicated. The consensus achieved on this point should guide intervention by Canadian businesses and by government agencies which support and underwrite foreign investment:

- looting and illegal exploitation of the Congo's natural resources must cease; the recommendations of the Expert Group on the Illegal Exploitation of Natural Resources and other Sources of Wealth in the DRC, set up by the Security Council, must be implemented in their entirety when they are published;
- all contracts between foreign countries and any Congolese authority, depending on the territory controlled, must be reviewed to make sure they comply with the accepted legal framework of a sovereign state.

To counter the all too numerous negative experiences in this area, particular directions must guide the operations of Canadian businesses and government agencies supporting foreign investment. Such projects must :

- comply with development objectives set by the Congo itself;
 - ensure significant returns to the communities in which the projects are situated, returns in the form of employment paid at the normal national rate, transfer of technology, infrastructure development, etc ;
- be managed transparently, particularly in this sector, to respect the principles of good government;
- to respect the environment in accordance with Canadian standards ... (2002/09/11)

The expansion of MONUC must be used to protect human rights where they are most seriously at risk

Amnesty International Press release, 5.12.2002

Amnesty International begrüsst die neueste Kongo-Resolution 1445 des Weltsicherheitsrats, d.h. Versäumnisse der präventiven Menschenrechtspolitik werden nicht angemahnt. Vgl. auch die Einführung zum folgenden Bericht der Nichtregierungsorganisation Héritiers de la Justice (Bukavu).

Amnesty International welcomes the decision of the UN Security Council (Resolution 1445 (2002)), taken on 4 December to expand the deployment of MONUC, the UN cease-fire monitoring body in the Democratic Republic of Congo (DRC), to 8,700 military personnel .

According to the resolution the expanded MONUC will reinforce the existing task force in the disarmament, demobilization and reintegration process, assist in the destruction of impounded weapons and munitions, and monitor the withdrawal of foreign troops from the territory of the DRC.

Amnesty International shares the Security Council's deep concern over the intensification of ethnically-targeted violence in the Ituri region of the country expressed in the resolution and strongly supports the Secretary General's request to increase the MONUC presence in Ituri, as security conditions permit.

Amnesty International agrees that there is an urgent need to reinforce MONUC's presence in the Ituri region, and in other regions of the DRC where killings are escalating, in order to prevent human rights abuses, dissuade further attacks against civilians by all parties and for MONUC to act within its mandate to protect both the civilian population and its personnel.

Positive action of this kind would fulfil MONUC's existing mandate as defined in Security Council Resolution 1291 of 24 February 2000 which states that "acting under chapter VII of the Charter of the United Nations, the Security Council also decided that MONUC may take the necessary action, in the areas of deployment of its infantry battalions and as it deems it within its capabilities, to protect United Nations and co-located JMC personnel, facilities, installations and equipment, ensure the security and freedom of movement of its personnel, and protect civilians under imminent threat of physical violence."
(<http://web.amnesty.org/ai.nsf/recent/AFR620242002?OpenDocument>)

Tuerie et violences continuent à Bukavu

Héritiers de la Justice, 5 Decembre 2002, 18 h (Bukavu, DR Kongo)

Der folgende Bericht (gekürzt) von Héritiers de la Justice in Bukavu zeigt, wie brisant die Situation im Süd-Kivu auch nach dem Abzug der ruandischen Armee geblieben ist – und vor allem, wie sehr Ruanda hier immer noch die Macht in der Hand behält. Auch unsere Partnergruppe „Nous sommes frères/pax christi Bukavu“ hat über die letzten Monate kontinuierlich mit diesem Tenor berichtet. - Die Stadt Bukavu – so der Bericht der „Héritiers“ – steht kurz vor einer Explosion – vor dem Aufstand der Bevölkerung gegen die Besatzung. Héritiers de la Justice fordert außerdem eine Ausweitung des Mandats der UN-Beobachtertruppe MONUC, die

auch für die Sicherheit der Menschen zuständig sein sollen. – Die in der Resolution 1445 im UN-Sicherheitsrat beschlossene personale Aufstockung der MONUC hat jedoch am Mandat wenig geändert. Auch für die Zukunft ist wohl kaum zu erwarten, dass die MONUC ein „robustes Mandat“ zugeschrieben bekommt. – Auch im Nord-Kivu spielen sich übrigens im Machtkampf zwischen Hema und Lendu in der Gegend um Bunia sowie zwischen Jean-Pierre Bemba's Rebellenbewegung MLC, Roger Lumbala's RCD-N und Mbusa Nyamwisi's RCD-ML das Chaos immer mehr aus, während auch die einst als patriotisch angesehenen und nach dem Abzug der ruandischen Armee gestärkten Mayi-Mayi-Milizen weiter an Ansehen verlieren, da sie immer mehr zu bewaffneten Banden mutieren.

Ce mercredi 04 décembre 2002, des véhicules des ONG internationaux (Law Group) et des agences internationales humanitaires (IRC) ainsi que ceux de certains hommes d'affaires influents ont été arrêtés et sont détenus au bureau de la Police Spéciale de Roulage à Bukavu. Pour cause, ces engins ne portent pas des nouvelles plaques minéralogiques mises en circulation par le RCD. Les Véhicules des ONG locales et des églises seraient également ciblés pour le second round.

Cette opération qui pourrait se poursuivre demain jeudi 05 Décembre courant, intervient après le point de presse réalisé dimanche dernier par Me Azarias RUBERWA Manywa, Secrétaire Général et Coordonateur de l'Exécutif du RCD, au cours duquel il a soutenu avec force que les fameuses plaques doivent obligatoirement être payées qu'on le veuille ou non. ...

Depuis près d'une semaine la population du Sud-Kivu assiste à un mouvement intense et généralisé des militaires dans presque tous les territoires de la province. Le samedi 30 novembre 2002, un camion militaire transportant une arme lourde «Orgue de Staline » est entré à Bukavu depuis le Rwanda via le poste frontalier de Ruzizi 1er. Dans la ville de Bukavu, des patrouilles diurnes et nocturnes menées par des hommes de l'Armée Nationale Congolaise (du RCD/ Goma) mêlés à quelques éléments de l'APR (Armée Patriotique Rwandaise) s'intensifient.

En date du 02 décembre courant, 7 camions militaires (les mêmes qui ont servi au retrait des troupes de l'APR) pleins d'hommes et des munitions se sont dirigés vers le territoire de Walungu au Sud de Bukavu. Ils auraient déposé leur « contenu » à Tubimbi, dans le même territoire.

Hier (03 décembre 2002) deux autres camions ont amené des militaires d'Uvira à Katogota, juste à l'endroit où en 1996, on a vu les militaires de l'APR traverser à gué la Ruzizi pour venir attaquer le Zaïre. D'ici ces hommes, pour la plupart des Rwandais ont pris le sentier de Lubarika, un groupement de la collectivité de Bafuliru en territoire d'Uvira, jusque là occupé par les combattants Mai Mai. Bon nombre de ces derniers se seraient déplacés vers le SOE (Service Opérationnel à l'Est) de Kazimia et de Dine en territoire de Fizi pour éventuellement s'approvisionner en armes et munitions.

Dans la plaine de la Ruzizi en général, l'on observe quotidiennement un mouvement individuel des militaires du RCD armés lourdement qui ressemble plus à une vadrouille qu'à une patrouille. Cette situation corrobore les rumeurs qui circulent à Bukavu faisant état d'un retour massif des troupes Rwandaises dans les territoires

de Kalehe et de Kabare, en province du Sud-Kivu et du pont aérien qui serait établi depuis le 13 novembre 2002 entre Kanombe (Kigali) et Kalima (Maniema). Toutes ces expéditions militaires serviraient à la constitution d'un contingent pour attaquer Shabunda et Bunyakiri, 2 territoires sous contrôle des Mai Mai.

L'on remarque, malgré cette forte présence militaire, la recrudescence de l'insécurité caractérisée par des enlèvements, des viols de femmes et filles, des tueries dont nous déplorons le dernier cas perpétré le 30 novembre 2002 sur la personne d'un militant de Droits de l'Homme et membre de Héritiers de la Justice feu Ndaheba Rusagara, tué par balle avec son épouse et leur enfant de 9 mois. Deux autres enfants ont été grièvement blessés par balles tirées par les assaillants et se trouvent internés à l'Hôpital Général de Référence d'Uvira dans un état très critique. A suivre....

... Héritiers de la Justice en appelle en outre les autorités à adopter des garanties spécifiques à caractère préventif en faveur des populations et à assister effectivement les sinistrés des calamités naturelles et les déplacés fuyant les actes de barbarie.

Enfin, Héritiers de la Justice exige que le RCD initie des enquêtes sur les violations des droits humains qui se commettent à Kalehe, qu'il traduise les auteurs devant le Conseil de Guerre opérationnel à Bukavu et que celui-ci exécute les jugements rendus en bonne et due forme. ...

En attendant l'aboutissement des négociations intercongolaises, Héritiers de la Justice invite l'ONU à renforcer les troupes de la MONUC et à changer le mandat de celle-ci de manière à lui permette de s'investir davantage dans la sécurité du peuple, dans les villes, comme dans les milieux ruraux.

Héritiers de la Justice fait remarquer que la ville de Bukavu est au bord d'une explosion dont les ingrédients sont encore obscurs. Elle reconnaît que les responsables du RCD savent que la ville de Bukavu et les centres extra-coutumiers qu'ils contrôlent sont déjà sursaturés à la suite de l'afflux des déplacés venus de tous les coins du Sud-Kivu : Burhinyi, Kabare, Walungu, Plaine de la Ruzizi, Shabunda, Mwenga, etc.

Enfin, Héritiers de la Justice recommande aux Organisations Non Gouvernementales (ONG) et aux agences internationales à vocation humanitaire de voler au secours des habitants des groupements et localités du Sud-Kivu en détresse à la suite des attaques ou des calamités naturelles.

Friedensabkommen in Burundi: Licht am Tunnelende?

Am 2.12.2002 wurde nach zähen Verhandlungen im tansanischen Arusha ein Waffenstillstandsabkommen zwischen der burundischen Übergangsregierung unter Pierre Buyoya und der bewaffneten Opposition des *Mouvement conseil national pour la défense de la démocratie – forces pour la défense de la démocratie (CNDD-FDD)* unterschrieben. Ab 7.12.2002 sollen die Waffen schweigen. Bei Redaktionsschluss (8.12.2002) war noch nicht klar, ob diese Vereinbarung auf dem Felde eingehalten

wird. Der formelle Waffenstillstand tritt vertragsgemäß am 30.12.2002 in Kraft treten.

An der Realität des kommenden Friedens darf allerdings gezweifelt werden: Die andere große bewaffnete Oppositionsgruppe *Forces nationales de libération* (FNL) hat das Abkommen nicht unterzeichnet. Das jüngste Abkommen wurde durch den ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni vermittelt. Doch auch Südafrika bemüht sich seit Jahren vergeblich um eine Vermittlung im tiefsitzenden Konflikt zwischen der Hutu-Mehrheit und der Minderheit der Tutsi. Ergebnis dieser Bemühungen war das Friedensabkommen, das zur Einsetzung der derzeitigen Regierung Buyoya am 1.11.2001 führte. Beobachter warten mit Spannung auf den Mai 2003, wenn die Präsidentschaft vereinbarungsgemäß an einen Oppositionsvertreter übergehen soll.

UN: Evaluating International Tribunals

M2 PRESSWIRE October 29, 2002

Im folgenden Bericht (gekürzt) geht es um die Evaluierung der von den Vereinten Nationen eingerichteten Tribunale, zu denen auch das Tribunal zur Aufarbeitung des Völkermords im tansanischen Arusha gehört. Erfreulich ist, dass Kongo-Kinshasa und Angola mittlerweile keine sicheren Zufluchtsorte für die Verantwortlichen für den Völkermord von 1994 sind. Dies erwies sich im September 2002 mit der Verhaftung und Auslieferung von Tharcisse Renzaho in Kongos Hauptstadt Kinshasa. Renzaho, während des Genozids Präfekt von Ruandas Hauptstadt Kigali, wurde zum Sitz des Tribunals im tansanischen Arusha überstellt. Kurz vorher hatte Tribunalsmitarbeiter Adama Dieng Kinshasa besucht und sein "Bedauern" über mangelnde Zusammenarbeit des Kongo ausgedrückt. Nach dem führenden Militär der völkermörderischen Forces armées Rwandaises Bizimungu Augustin wird damit ein weiterer wichtiger Drahtzieher des furchtbaren Genozids von 1994 zur Rechenschaft gezogen.

UN: Progress, setbacks reported by Presidents of International Tribunals for former Yugoslavia, Rwanda; Yugoslav tribunal may refer certain cases to national courts; Rwanda court cites need for additional judges, greater cooperation from Rwanda

The past year had been marked by the implementation of reforms, by progress and by crisis, the Presidents of the International Criminal Tribunals for the former Yugoslavia and Rwanda told the General Assembly this afternoon. ...

Compensation was an issue also highlighted by the President of the International Criminal Tribunal for Rwanda, Navanethem Pillay, who stated that compensation for victims was essential if Rwanda was to recover from the genocidal experience. Many Rwandans had questioned the Tribunal's value and its role in promoting reconciliation when claims for compensation were not addressed. She strongly urged the United Nations to provide compensation for Rwandan victims.

The Rwandan Tribunal, like its Yugoslav counterpart, she said, had benefitted from the creation of ad litem judges in facilitating its workload. While her original proposal

to the Security Council had been for nine ad litem judges, only four such judges would be taking office, some time in June 2003. ...

While States had assisted the Tribunal in arranging contact with and facilitating the travel of witnesses, the Tribunal had this year experienced difficulties over the flow of witnesses from Rwanda. The non-appearance of those witnesses had disrupted the careful planning of the judicial calendar and was a severe setback to the judicial work. Indeed, the Rwandan Government appeared to have suspended cooperation with the Tribunal. She had reported that lack of cooperation to the Security Council, and she urged the Council to prevail on Rwanda to restore the cooperation it had accorded to the Tribunal for the past seven-and-a-half years.

Statements were also made by the representatives of Denmark (on behalf of the European Union and associated States), Norway, Malaysia, Croatia and Bosnia and Herzegovina. The Assembly will meet again at 10 a.m. on Tuesday, 29 October, to consider the report of the International Court of Justice. ...

The "ad litem judges reform" demonstrated its effectiveness and enabled the Tribunal to deal with its cases more rapidly. In order to cope with the foreseeable rise in the number of cases on appeal, the Appeals Chamber is being reformed, with a view to reinforcing its structure and enhancing its operation. The reform should also ensure that the case law of the Appeals Chambers of the Tribunal and the International Criminal Tribunal for Rwanda is more consistent and that their working methods are rationalized. ...

Also before the Assembly is a note by the Secretary-General transmitting the seventh annual report of the International Criminal Tribunal for the Prosecution of Persons Responsible for Genocide and Other Serious Violations of International Humanitarian Law Committed in the Territory of Rwanda and Rwandan Citizens Responsible for the Genocide and Other Such Violations Committed in the Territory of Neighbouring States between 1 January and 31 December 1994 (document A/57/163-S/2002/733). The report, which covers the period from 1 July 2001 to 30 June, states that the Tribunal has so far indicted 80 persons, of whom 60 are in custody and 20 are still at large. Arrest warrants have been issued for these 20 persons and the cooperation of States is sought to secure their arrest.

Of the 60 already arrested, eight have been sentenced, one has been acquitted, 22 are involved in ongoing trials and 29 are in custody awaiting the commencement of their trials. The Prosecutor has indicated that she is ready for trial in seven cases, involving 13 of the 29 persons in custody. However, the Trial Chambers are currently fully engaged and will be engaged in the ongoing trials of 22 accused persons until the expiration of the judges' mandate on 23 May 2003. Therefore, they cannot undertake any new trials either in the seven cases ready for trial or in the cases of the remaining 16 detainees awaiting trial.

The proceedings may be perceived to be slow, but the judges have to be thorough and scrupulous in the observance of internationally accepted norms of fair trial, with full respect for the rights of the accused. The jurisprudence established by the Tribunal has received significant endorsement from academics, representatives of Member States and organs of civil society, and constitutes a reliable body of precedents for the International Criminal Court.

Among other things, the Language and Conference Services Section introduced Kinyarwanda simultaneous interpretation services in one of the three Trial Chambers. In light of its positive reception, arrangements have been made to conduct in-house training for Kinyarwanda interpreters to provide the service to the other two Trial Chambers. Prior to this system, Kinyarwanda could only be interpreted consecutively into English and French, causing significant delays in judicial proceedings. The President, the judges and the Registrar continue to identify areas for improvement, particularly areas of efficiency and judicial economy, and to adopt necessary measures either to remedy perceived problems or to increase the efficiency of the Tribunal.

Der Tanz und die Tänzer – ein Einblick in Rwanda 2002

Jörg Zimmermann

Den folgenden Bericht schrieb Jörg Zimmermann, Mit-Initiator des „Detmolder Bekenntnisses“ Anfang Oktober 2002, unmittelbar nach seiner jüngsten Ruanda-Reise. Der Bericht ist auch schon im „Mitarbeiterbrief“ der Vereinten Evangelischen Mission 12/2002 erschienen.

Gut 8 Jahre sind ins Land gegangen seit dem Beginn der größten menschlichen Katastrophe, die der afrikanische Kontinent je erleben musste. Und wer heute nach Rwanda reist, betritt einen Staat, der sich alle erdenkliche Mühe gibt, die Vergangenheit vergangen sein zu lassen. „Rwanda rushya“ – ein „neues Rwanda“ wird präsentiert: eine neue Fahne, eine neue Nationalhymne, eine durch und durch neue Nomenklatur in der öffentlichen Verwaltung: die Kommunen sind neu strukturiert sowie in ihrer Zahl verringert worden und heißen jetzt „Distrikt“, das Wort für „Bürgermeister“, das noch deutlich an die frühe Zeit Rwandas als deutsche Kolonie erinnerte, „bourgmestre“, wurde durch das französische „maire“ ersetzt, die Präfekturen heißen jetzt wie im Nachbarstaat Burundi „Provinz“, und so weiter und so fort. Auch eine neue Verfassung ist in der Mache – „Rwanda rushya“ allenthalben.

Diesen zunächst äußerlichen Veränderungen korrespondiert eine Neuorientierung in der Betrachtung der Geschichte Rwandas: die früher propagierte Geschichtsdeutung, die als zentrales Datum die Revolution von 1959-1961 hatte und darin eine Befreiung nicht nur vom Joch des Kolonialismus, sondern auch vom Tutsi-Königtum erblickte, wird ersetzt durch eine neue Geschichtsdeutung, die kurz gesagt etwa Folgendes vertritt: vor der Ankunft der Europäer lebten die Rwander in Harmonie miteinander; die Europäer haben dann die friedlich koexistierenden sozialen Gruppen Hutu, Tutsi und Twa „ethnisiert“ und gegeneinander aufgehetzt. Diese Strategie führte zu der nunmehr gänzlich negativ bewerteten Revolution von 1959-1961 und wurde von den Regierungen Kayibanda (1962-1973) sowie Habyarimana (1973-1994) fortgesetzt im Sinne einer Unterdrückung der Tutsi durch die Hutu, die im Genozid an den Tutsi 1994 ihren traurigen Höhepunkt erreichte. Es war der Sieg des Front Patriotique Rwandais über die Völkermörder im Juli 1994, der im Grunde erstmals seit einem Jahrhundert dieser Politik ein Ende setzte und jetzt die Rückbesinnung auf Rwandas eigene Wurzeln in Gang bringt. – Soweit diese Skizze.

Neuorientierung an allen Ecken und in jeder Hinsicht! Das ist zunächst einmal völlig verständlich. Eine Nation, die durchgemacht hat, was Rwanda durchmachen musste, wird den Blick nicht gern zurücklenken. Es ist beeindruckend, mit welcher Energie vielmehr nach vorn geblickt wird: eine rege Bautätigkeit ist zu beobachten; in der Kommunikation boomt es: kaum ein Rwander, der ein bisschen Geld übrig hat – jedenfalls in den urbanen Zentren –, der nicht sein Handy und seine e-mail-Adresse hätte! Nicht dass jeder seinen eigenen Computer besäße: Internetcafés sind wie Pilze aus dem Boden geschossen und verhelfen jedem zum Zugang zur eigenen mailbox. Weiter: der universitäre Sektor explodiert regelrecht in Form von Privatschulen für dieses und jenes – freilich nur gegen gutes Geld! In den Städten gewinnt man den Eindruck: das Leben pulsiert wie nie zuvor; Rwanda öffnet sich in Richtung große, weite Welt.

Wer genauer hinsieht, bemerkt jedoch zugleich Dinge, die weniger nach „großer, weiter Welt“ als nach „schöner neuer Welt“ im Sinne von Aldous Huxley aussehen: jemand, von dem ich annehmen muss, dass er es gut weiß, mutmaßte mir gegenüber ironisch, aber zugleich durchaus ernsthaft, in Rwanda bespitzele die eine Hälfte der Bevölkerung die andere. Die Geheimdiensttätigkeit scheint enorme Ausmaße angenommen zu haben. Der Regierung und namentlich dem Präsidenten Paul Kagame (der als ehemaliger Geheimdienstchef von Uganda sein Metier versteht!) wird ein großes Interesse an äußerer und innerer Sicherheit attestiert bis hin zu „Sicherheitsfanatismus“. Das militärische Engagement Rwandas im Kongo wurde ja stets mit der Sorge vor Attacken der von dort aus operierenden Hutumilizen „interahamwe“ begründet. Im Lande selber, so kann man derzeit sagen, herrscht praktisch allenthalben Sicherheit. Und wer wie ich selber noch das Rwanda Anfang der 90er Jahre vor Augen hat, wird diesen Zustand zunächst einmal nicht hoch genug zu schätzen wissen! Von daher erklärt es sich auch, dass viele Rwander (aller Ethnien!) mit ihrer Regierung, namentlich mit ihrem Präsidenten, im Moment durchaus zufrieden sind: das bedeutet viel in diesem Land, wenn man abends schlafen gehen kann mit der gut begründeten Hoffnung, nachts nicht durch Schüsse, Explosionen oder sonstige lebensbedrohliche Dinge aus dem Schlaf gerissen zu werden! Und dass insbesondere die Tutsi nach der Katastrophe von 1994 im Hinblick auf ihre Sicherheit auch nicht das kleinste Risiko mehr eingehen wollen, ist ja wohl nur zu verständlich!

Auf der anderen Seite wird all dies erkaufte mit dem Zugeständnis, dass die Regierung allein den Rahmen setzen darf, innerhalb dessen sich das Volk zu bewegen hat. Das zeigt sich beim Thema der politischen Parteien. In der Übergangsregierung, die sich dezidiert als „Gouvernement d'union nationale“ versteht, sind in modifizierter Anlehnung an den Friedensvertrag von Arusha von 1993 verschiedene Parteien vertreten. Doch treten diese so gut wie gar nicht als programmatisch unterschiedene Koalitionspartner in Erscheinung. Am ehesten könnte dies noch die Partei MDR gelten, bezeichnenderweise die einzige unter allen Parteien, die Wurzeln bis tief in die rwandische Geschichte hat. Da sie aber eben aufgrund dessen auch stark in die oben skizzierte traditionelle Geschichtsphilosophie verstrickt ist, die heute gerade abgelehnt wird, befindet sich die Partei MDR aber auch derzeit in einer internen Krise, die Premierminister Bernard Makuza, der dem MDR angehört, auf Kagames Geheiß zu lösen beauftragt ist.

Nun hat im vergangenen Jahr der ehemalige Präsident Rwandas Pasteur Bizimungu, nachdem er vom immer schon „starken Mann“ des neuen Rwanda Paul Kagame nun auch ganz offiziell von seinem Amt verdrängt worden war, seine eigene Partei gegründet: „Parti Démocratique pour le Renouveau (PDR) Ubuyanja“ – dieses rwandische Wort bedeutet soviel wie „frische Brise“. Diese Partei entstand also außerhalb des durch den Arusha-Vertrag definierten und von der Regierung anerkannten Rahmens, noch dazu in offener Opposition zur Regierung Kagame – und sie wurde prompt verboten, im Keim erstickt. Bizimungu sitzt inzwischen im Gefängnis; etliche der Partei zugeordnete Bürger wurden ebenfalls inhaftiert; andere sind geflohen. Das schöne Wörtchen „ubuyanja“ ist zum Unwort schlechthin geworden. Auch wer es völlig unabhängig von Bizimungu und in anderen Zusammenhängen verwendet, läuft Gefahr, selber behelligt zu werden, wie das Beispiel des katholischen Friedenspreisträgers Laurien Ntezimana zeigt!

Man kann fragen: Ist solch eine harsche Reaktion zur Wahrung der Sicherheit im Lande nötig? Ganz zu schweigen von der Berechtigung eines solchen Vorgehens in einem Staat, der etwas auf das Wort „Demokratie“ gibt. Auf alle Fälle zeigt sich: wo immer die rwandische Regierung auch nur den Schatten der Gefahr einer Destabilisierung wittert, greift sie durch. Etwa im Bereich der Medien: es gibt derzeit eigentlich nur noch eine echt regierungskritische Zeitung: „Umuseso“ („Der frühe Morgen“); wer unabhängige Berichterstattung über Rwanda im Radio hören will, wählt RFI, BBC oder Voice of America. Das rwandische Fernsehen bringt bisweilen interessantere Berichte aus Europa als aus dem eigenen Land, wo die sattem bekannte Masche dominiert: heute traf sich Minister X mit dem Repräsentanten Y der Organisation Z zwecks Vereinbarung engerer Zusammenarbeit... – Nach meinem Eindruck ist die Reaktion der Bevölkerung auf diese Lage der Dinge geteilt: natürlich sehen die Leute, wie es läuft und wie eng ihre Spielräume im Hinblick auf politische Betätigung sind. Andererseits haben sie noch gut die Situation Anfang der 90er Jahre in Erinnerung, wo „multipartisme“ und Meinungsfreiheit einhergingen mit chaotischen Auswüchsen von Gewalt und Anarchie – und dabei spielten ja gerade die Medien eine desaströse Rolle! Verglichen damit würde sich wohl so gut wie jeder für die jetzige Situation entscheiden.

Wiederum andererseits kann diese jetzige Situation darauf hinauslaufen (so mancher wird sagen, sie sei es längst!), dass Rwanda de facto wieder in einem Einparteienstaat lebt. Das wird die Menschen auf die Dauer nicht zufrieden stellen; es wird zunehmend zur Verfilzung des Apparates und zu politischer Ideenlosigkeit kommen. Die von jedermann eingestandene allenthalben gegebene horrendere neue Zunahme der Bestechlichkeit ist dafür ein erschreckendes Indiz. Ich erinnere mich noch gut an Zeitungsartikel aus dem Jahre 1999, in denen Kagame einen Anti-Korruptions-Feldzug ankündigte. Darüber lächeln die Leute heute nur noch müde. An dieser Front hat der Präsident den Kampf offensichtlich einmal nicht gewonnen. Ob er überhaupt ernst gemeint war? Kagame selber wurde von meinen ansonsten zum Teil äußerst kritischen Gesprächspartnern interessanterweise nicht persönlich mit der Korruption in Verbindung gebracht. Aber sie einzudämmen scheint auch ihm nicht zu gelingen. Im Gegenteil.

Rwanda wird den schwierigen Weg gehen müssen, auf der einen Seite nicht zum Einparteienstaat zu werden oder wieder davon abzukommen, und zugleich auf der anderen Seite die legitime und notwendige Vielfalt konstruktiv zu leben und damit eine Neuauflage der frühen 90er Jahre zu vermeiden. Diese Frage stellt sich

insbesondere im Hinblick auf die für 2003 angekündigten Präsidentschaftswahlen. Ich habe meine Gesprächspartner immer wieder gefragt: Wird es mehrere Kandidaten mit einander wirklich entgegengesetzten Programmen geben? Werden die Parteien in diesem Sinne wieder Wahlveranstaltungen abhalten? Oder wird es den einen „Kandidaten der nationalen Einheit“ geben, so dass man über die Seriosität der Wahlen grundsätzlich streiten können? – Meine Gesprächspartner hielten sich mit Einschätzungen sehr bedeckt. In beiden Fällen liegen die Gefahren auf der Hand. Sind Zwischenlösungen denkbar? Diese Frage gehört sicher zu den wichtigsten der rwandischen Politik in den nächsten Monaten.

Eine andere solche Frage, die zugleich die Vergangenheit ungeachtet aller sonstigen Zukunftsorientierung wieder lebendig werden lassen wird, ist die der juristischen Aufarbeitung der furchtbaren Ereignisse 1994. Dazu ist ein altes rwandisches Rechtssprechungssystem mit dem Namen „gacaca“ wieder aktiviert worden: dezentral auf den Hügeln sollen nicht Fachjuristen, sondern bewährte, „weise“ Leute aus der lokalen Bevölkerung mit nur minimaler Schulung die vielen Fälle behandeln, in denen die Angeklagten nicht zu den Hauptverantwortlichen des Genozids gehören (diese letzteren werden nach wie vor durch herkömmliche Gerichte angeklagt). Diese Aufgabe ist sehr heikel: die Angehörigen der Opfer erwarten Strafe; die Angeklagten und ihre Angehörigen erwarten in der Regel Freisprüche, insbesondere weil viele ihre Unschuld behaupten und sich seit Jahren zu Unrecht inhaftiert fühlen. Die „Richter“ gehören ebenso wie die Familien beider Seiten zur lokalen Bevölkerung eines Hügels; ein wie auch immer geartetes Urteil hat also immer Auswirkungen auf das alltägliche Zusammenleben. Die Regierung propagiert überall auf Plakaten den Slogan „Ukuri kurakiza“: „Die Wahrheit heilt.“ Sie will sowohl gerechte Bestrafung als auch die Ermöglichung von Versöhnung. Das wird im Einzelfall oft schwer zu vereinbaren sein! Außerdem ist zu bedenken, dass die meisten Angeklagten ja schon jahrelang im Gefängnis gesessen haben, dass also auch im Falle erwiesener Schuld häufig eine Entlassung aus der Haft angemessen erscheinen wird – was wiederum die Angehörigen der Opfer als völlig inakzeptabel auffassen können! Andererseits täusche man sich nicht: die Bereitschaft zur Versöhnung ist gerade auf dem Lande oftmals erstaunlich hoch: dort lebt man zusammen und teilt die Probleme des Alltags – vielleicht weiß man unter dieser Voraussetzung besser als anderswo, dass man das Überleben nur in der Gemeinschaft hinbekommt, was immer wieder Bereitschaft zu Neuanfängen erfordert!

Schließlich steht ein großes Fragezeichen hinter der Beendigung des Kongo-Krieges: die Demobilisierung ist in Gang gekommen. Aber schon lese ich, die interahamwe hätten bei Uvira heimkehrende rwandische Truppen überfallen und mehrere Soldaten getötet. Ob die Armee unter solchen Umständen immer weiter wie geplant abziehen wird? Und natürlich flüstert man sich hinter vorgehaltener Hand zu: Ob Kagame sich tatsächlich den wirtschaftlichen Gewinn wird entgehen lassen, den er im Kongo hat erzielen können und der nach Ansicht vieler schon lange der Hauptgrund für die rwandische Präsenz im riesigen Nachbarland war? – Schließlich fragt sich mancher, wie die Demobilisierung von ca. 20.000 Soldaten wohl gelingen mag... Gleichwohl: der Abzug ist insofern dringend notwendig, als die Kongolesen die rwandischen Truppen immer als Belagerer, als regelrechte Kolonialisten übelster Sorte empfunden haben. Ich traf in Kigali einen alten kongolesischen Bekannten, der sagte: „Sie (die Rwander) hätten 1994 den ganzen Kongo haben können, so unzufrieden wie wir mit Mobutu waren. Aber nachdem sie so aufgetreten sind? Nichts wie nach Hause mit ihnen!“ Ob das gelingen wird? –

Dem Besucher zeigt sich ein „neues Rwanda“. Ob alles so neu ist, wie es dargestellt wird? Als ich diese Frage aufwarf, antwortete ein Freund lachend mit einem Sprichwort: „Ababyinyi barahinduka, ariko imbyino ni imwe!“ „Die Tänzer wechseln, aber die Tänze bleiben dieselben!“ Ich verstand ihn nicht so, als wollte er resignierend sagen, es habe sich nichts getan in Rwanda. Nein, es hat sich Vieles getan, und Manches durchaus zum Besseren. Aber ich denke, mein Freund wollte sicherstellen, dass wir realistisch bleiben: Rwanda wird seine Geschichte nicht loswerden; bei genauerer Betrachtung wird sich vieles „Neue“ als Neuauflage von Altem erweisen. Und es wird notwendig sein, darauf zu achten, dass nicht eine neue Ideologie die alte einfach ersetzt. Etwa was die erwähnten Geschichtsdeutungen betrifft, habe ich durchaus diese Sorge. Und was die Aufarbeitung der schrecklichen Ereignisse der jüngeren Vergangenheit angeht: momentan konzentriert sich alles auf den Genozid an den Tutsi. Eine wirklich an der ganzen Wahrheit interessierte Aufarbeitung jedoch kann auch an den Gräueln, die durch die Soldaten der neuen Armee verübt worden sind, nicht vorbeigehen. Auch dort gibt es Opfer und ihre Angehörigen, die auf Gerechtigkeit warten! Vielleicht kann man nicht alles auf einmal machen; vielleicht braucht es Zeit, viel Zeit, um die Gänge des schweren Leides zur Kenntnis zu nehmen und sich ihr zu stellen. Es ist zu hoffen, dass Rwanda diese Zeit bekommt und dass sich nicht immer neues Leid an altes reiht.

Wenn daraufhin endlich einmal nicht eine neue Ideologie die alte ersetzt, wenn vielmehr mit unbestechlichem Blick die ganze Wahrheit auf den Tisch kommt, dann erst wird der Slogan der Regierung im Vollsinn gelten: „Ukuri kurakiza“: „Die Wahrheit heilt.“ Und dann – ja dann würde tatsächlich einmal ein ganz neuer Tanz in Rwanda getanzt!